

02/05 Juli 2005



resPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK

AUSGEZEICHNET

LSVD-Kampagne gewürdigt

SEITE 4

VOR DER WAHL

Rot-Grün oder Schwarz-Gelb?

SEITE 6

VERBOTEN

Streit um den CSD in Warschau

SEITE 8

SIND WIR PAPST?

Zwei Kommentare zu Ratzinger

SEITE 16-17

VERBANDSTAG

Der LSVD feierte Geburtstag

SEITE 18

WERTEFREI?

Homosexualität und Schule

SEITE 20-21



ENGAGIERT FÜR FRAUEN

Interview mit Seyran Ateş

SEITE 23



„Ich mag Frauen“

Inga Humpe im Gespräch über Liebe , Hass, Spießigkeit und die „Aktion 1:1“

WE ARE FAMILY – SCHWULE, LESBEN UND KIDS – SEITE 12



inhalt!

POLITIK

- 05 „Ich mag Frauen“**
Interview mit Inga Humpe zur Homo-Ehe und „Aktion 1:1“
- 06 Wir haben noch nicht fertig**
Rot-Grün oder Schwarz-Gelb?
Die Wahlprüfsteine des LSVD
- 08 Parada Rownosci**
Wie Lesben und Schwule in Polen für ihre Rechte kämpfen
- 10 Pauschal abgelehnt**
Streitgespräch zur Benachteiligung schwuler Männer durch Versicherungen
- 12 Eine Familie ist eine...**
Das Projekt Regenbogenfamilien
Interview mit Dirk Siegfried
- 14 Menschenrechte**
LSVD-Vertreter bei den UN in Genf
- 14 Gedenkort für NS-Opfer**
Kolloquium zum Wettbewerb

Seite 8



CSD verboten
Wie der Warschauer Bürgermeister gegen Lesben und Schwule kämpft

MEINUNG

- 16 Papst Ratzinger und wir**
Gastkommentar von Eric Leis, AG Homosexuelle und Kirche
- 17 Achse des Religiösen**
Kommentar von LSVD-Vorstand Günter Dworek

LÄNDER

- 19 Union blockiert**
Lebenspartner werden auch im Landesrecht benachteiligt
- 20 Schwänzen verboten**
Zum Berliner Streit über den Werteunterricht
- 21 „Du schwule Sau“**
Homosexuellenfeindlichkeit an deutschen Schulen

Seite 12



Vater, Vater, Kind
Mit welchen Schwierigkeiten Regenbogenfamilien kämpfen

PROJEKTE

- 23 Migrationsfamilien**
LSVD-Projekt wirbt für Toleranz
Interview mit Seyran Ateş

RUBRIKEN

- 02 Impressum**
- 03 Editorial**
- 04 News**
- 15 Pressespiegel**
- 18 Bundesverband**
- 22 Landesverbände**
- 24 Bücher**
- 25 Adressen**
- 26 Klischees**

Seiten 16–17



Hirte oder Hassprediger?
Zwei Kommentare zum neuen Papst Benedikt XVI.

IMPRESSUM!

Respekt • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik,

ehemals Rundgespräch. Herausgegeben vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.

Chefredakteur: Alexander Zinn (V.i.S.d.P.) • **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Günter Dworek, Eric Leis, Klaus Jetz, Hartmut Schönknecht, Manfred Bruns, Elke Jansen, Renate Rampf, Jan Feddersen, Ulf Höpfer, Guido Mayus, Detlef Mücke, Jörg Litwuschuh, Albert Eckert, Benjamin Rottmann, Heiko Palloks, Anja Wolkowski, Peter Köhler, Martin Pfarr • **Grafik & Layout:** Tom Benzing

• **Titelfoto:** 2raumwohnung • **Druck:** Solo Druck, Köln • **Auflage:** 5.000.

Redaktionsanschrift: LSVD-Pressestelle, Willmannsdamm 10, 10827 Berlin • **Fon:** (030) 789 54 778, **Fax:** (030) 789 54 779 • **Mail:** presse@lsvd.de, **Internet:** www.lsvd.de o ISSN 1431-701X.

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Februar 2005. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Sein oder Bewusstsein?



Alexander Zinn
Pressesprecher des LSVD

Das „Sein bestimmt das Bewusstsein“ hat der olle Marx mal gesagt. Dass das auch für die lesbisch-schwule Community gilt, kann man bei den großen CSD-Demos Jahr für Jahr studieren. Was heißt hier überhaupt Demo? Es sind Paraden der Superlative geworden: Noch größere Trucks mit noch lauterem Anlagen und noch knackigeren Jungs und Mädels.

Die Community hat sich korrumpieren lassen von Sponsoren, die Duschgel, Burger und Kleinwagen unter Homo-Volk bringen wollen. Über Jahre hinweg hat man sich immer schickere und teurere CSD-Gefährte bezahlen lassen, die immer öfter kommerzielle Produkte und immer seltener politische Anliegen transportierten. Geld stinkt nicht, war die Devise. Und was wäre auch die Alternative gewesen? Wer nicht mitspielte, wurde vom Fernsehen mit öffentlichem Liebesentzug gestraft.

Nun aber, da die Werbeetats zusammenschnurren, ist der Katzenjammer groß. Ohne Moos nix los, gilt das jetzt auch für den Christopher Street Day? Hängen wir inzwischen an der Nadel? Können wir nicht mehr anders, als auf Party-Trucks über den Kudamm schweben?

Ich wette wir können! Denn es gibt noch ein paar Ideen hinter der Party. Die sind vielleicht etwas in Vergessenheit geraten, doch versuchen wir uns mal zu erinnern. Hatte der CSD nicht irgendetwas damit zu tun, Verfolgung und Diskriminierung zu beenden? Ging es uns nicht um Toleranz, Respekt, Anerkennung, ja um die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen und Transgendern?

Klar, vieles haben wir erreicht: Eine bescheidene Lebenspartnerschaft für Deutschland und – Viva España – die Öffnung der Ehe in Spanien. Antidiskriminierungsrichtlinien sogar für ganz Europa. Doch wie sieht unser Alltag aus? Leben wir wirklich schon "Somewhere over the Rainbow"?

Lassen wir einige Ereignisse der letzten Monate Revue passieren: Mit Joseph Ratzinger wird ein katholischer Fundamentalist zum Papst gewählt, der seit Jahren gegen die Gleichstellung von Lesben und Schwulen hetzt. Kaum im Amt, poltert er schon lautstark los gegen gleichgeschlechtliche "Pseudo-Ehen". In München kündigt der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber an, gegen die seit 1. Januar mögliche Stiefkindadoption durch schwule und lesbische Lebenspartner vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. In Warschau verbietet der dortige Bürgermeister den Christopher Street Day mit den Worten: „Ich bin Befürworter der Toleranz, aber Gegner der Unterstützung schwulorientierten Verhaltens.“ Mitten in Berlin wird Miss Styque vom „Orden der perpetuellen Indulgenz“ zusammengeschlagen, weil sie sich mit Fummel und Schminke auf die Straße traut.

Man muss nicht Cassandra spielen, um zu erkennen, dass es nicht so weit her ist mit der Gleichberechtigung, die wir uns auf unseren CSD-Paraden erträumen. So wenig wir uns unsere Träume nehmen lassen dürfen, so wenig sollten wir die Augen vor unangenehmen Realitäten verschließen. Vielleicht gelingt es dann, die Marx'sche Formel mal andersrum anzuwenden und aus dem Bewusstsein ein neues Sein erwachsen zu lassen: Politik und Party zugleich – ein Christopher Street Day, der sich gewaschen hat!

A. Zinn

Rainbow Award für LSVD Berlin-Brandenburg

Strahlende Gesichter beim Berliner LSVD: im Juni wird der Landesverband mit einem bedeutenden Preis der Gay Community ausgezeichnet. Der Regenbogenfonds der schwulen Wirte e.V. würdigt mit dem Rainbow Award 2005 die Aufklärungs- und Integrationskampagnen des LSVD.

Seit 1999 betreibt der LSVD Berlin-Brandenburg das Begegnungs- und Informationszentrum MILES für Migranten, Lesben und Schwule. Ziel ist es, die Migrationscommunitys über das Thema Homosexualität aufzuklären und für Toleranz gegenüber lesbischen Migrantinnen und schwulen Migranten zu werben. Im vergangenen Jahr war die Arbeit von MILES bereits mit dem Magnus-Hirschfeld-Preis ausgezeichnet worden.

Der Rainbow Award wird dem LSVD insbesondere für die beiden Plakate „Kai ist schwul – Murat auch“ sowie „Cigdem ist lesbisch – Vera auch“ verliehen. Letzteres wird zum CSD 2005 auf zahlreichen Plakatwänden in Berlin großflächig geklebt. Zu der breit angelegten Kampagne gehört auch das brandneue Plakat „Kai ist schwul – Aljoscha auch“, das sich an Einwanderer aus Russland wendet.



Erfolgreiches Team: Jörg Litwischuh, Renate Rampf und Ben Khumalo-Seegeken vom LSVD in Berlin.

Foto: LSVD

Der Rainbow Award wird im Rahmen des Lesbisch-schwulen Stadtfestes in Berlin verliehen. Die Laudatio hält am 18. Juni (16 Uhr) der Preisträger des Vorjahres – der Buchladen Eisenherz – auf der Hauptbühne des Festes.

Debatte: Frauen- und Homosexuellenrechte

„Frauen- und Homosexuellenrechte – eine Herausforderung für die Integration“ ist der Titel einer Podiumsdiskussion, zu der der LSVD für den 22. Juni ins Rathaus Schöneberg in Berlin einlädt. Hintergrund ist die aktuelle Debatte über Zwangsverheiratungen und das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben und Schwulen in den Migrantengemeinschaften. Diskussionsteilnehmerinnen sind die Rechtsanwältin Seyran Ates, die Abgeordnete Evrim Helin Baba, die Integrationsbeauftragte Emine Demirbüken-Wegner, Claudia Dantschke vom Zentrum für demokratische Kultur, Sanem Kleff (Schule ohne Rassismus) und Eren Ünsal, Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Moderiert wird die Veranstaltung von taz-Redakteur Martin Reichert. **Beginn ist um 18 Uhr in Raum 195 (EG).**

ERMIS-Bundestreffen in Berlin

Am 3. Mai 1998 traf sich in Köln zum ersten Mal eine kleine Gruppe von vier Frauen und elf Männern. Griechinnen und Griechen fanden sich ein mit der Motivation, aus der Isolation als Lesbe und Schwuler herauszutreten. Schon im nächsten Jahr hatte diese kleine Gemeinschaft ihren ersten Auftritt beim CSD in Köln mit eigenem Wagen. Mutig waren sie, denn der WDR filmte den Wagen und Millionen von Menschen sahen, wie griechische Lesben und Schwule den Deutschen, aber vor allem auch den Griechen in Deutschland zuriefen: Uns gibt es! Wir sind hier!

Sieben Jahre später ist ERMIS bundesweit tätig mit Gruppen in Stuttgart, München, Frankfurt, Berlin und Hamburg. ERMIS ist im LSVD organisiert und versteht sich als Teil der Lesben- und Schwulen-Community in Deutschland. Mit dem vierten bundesweiten ERMIS-Treffen vom 24. bis 26. Juni in Berlin soll diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden. Diskutiert werden sollen die Perspektiven, Handlungsfelder und der Förderbedarf lesbisch-schwuler Projekte in Deutschland und Griechenland. Aber auch Feiern und Kennenlernen sind angesagt! Anmeldungen bitte unter: greekgay.berlin@ermis.de

Türk Gay & Lesbian bundesweit organisiert

Türk Gay & Lesbian, die Gruppe türkeistämmiger Lesben und Schwuler im LSVD, hat sich bundesweit organisiert. Bei einem Treffen am 21. Mai in Köln wurden erste programmatische und strukturelle Konzepte erarbeitet. Neben den Gruppen aus Berlin und Nordrhein-Westfalen nahm auch die neu gegründete Regionalgruppe Baden-Württemberg teil. Mit Bali Saygılı, der auch im neuen LSVD-Projekt „Migrationsfamilien“ tätig ist, wurde ein Koordinator für die bundesweite Vernetzung benannt. Als eines der ersten Projekte soll die Internetpräsenz www.tuerkgay.com überarbeitet werden. Für den Herbst ist ein Workshop mit der griechischen Gruppe ERMIS geplant, bei dem es um die Perspektiven der interkulturellen Beratungs- und Aufklärungsarbeit gehen soll.

Kontakt: tuerkgay-berlin@lsvd.de

Podiumsdiskussion zu Menschenrechten

Um die internationale Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen geht es bei einer LSVD-Podiumsdiskussion, die im Rahmen der CSD-Woche in Köln stattfindet. Im Mittelpunkt der von der Puma AG unterstützten Veranstaltung wird die Lage in Moldawien und dem Libanon stehen. Vertreter schwul-lesbischer Organisationen aus beiden Ländern werden mit Repräsentanten der deutschen Menschenrechtspolitik diskutieren, die Situation in ihren Ländern schildern sowie ihre Arbeit und Ziele vorstellen.

Aus Moldawien wird Maxim Anmeghichean von GenderDoc, aus dem Libanon Ghassan Makarem, Vertreter der Organisation Helem teilnehmen. Helem ist die erste schwul-lesbische Organisation in der arabischen Welt, bei GenderDoc handelt es sich um die etablierteste schwul-lesbische Nichtregierungsorganisation aus der ehemaligen Sowjetunion. Aus Deutschland wird Frank Fischer, Referent für Innen- und Rechtspolitik der FDP-Bundestagsfraktion teilnehmen. Angefragt sind ferner Vertreter von amnesty international, dem Deutschen Institut für Menschenrechte und der EU-Kommission.

Am 29. Juni um 19 Uhr im KOMED, Raum 2-3, Im MediaPark 6 in Köln.

„Ich mag Frauen sehr gern“

Die Sängerin Inga Humpe über
Lesben, Schwule und die Gleichstellung

Respekt: Du besingst in deinen Stücken die „freie Liebe“, „Elaine“ und ein „sexy Girl“. Gibt es da eine lesbische Seite bei Inga Humpe?

Humpe: Ich mag Frauen sehr gern!

Erinnerst du dich noch an deine erste Begegnung mit einem Schwulen oder einer Lesbe?

Meine erste Begegnung mit jemandem, den ich sexuell nicht einschätzen konnte, war mit Romy Haag. Ich ahnte plötzlich, wie schön es ist, eine Frau zu sein.

Findest du es spießig, zu heiraten?

Ich finde es spießig, anderen Leuten zu sagen, was sie machen sollen.

Warum unterstützt du die „Aktion 1:1“?

Die Ehe ist eine staatliche und wirtschaftliche Institution - da darf man niemanden benachteiligen.

Einige Frauen schütteln beim Thema Homo-Ehe mit dem Kopf, nach dem Motto: jetzt wollen die auch noch das Ehegattensplitting, wogegen wir immer gekämpft haben.

Man muss ja nicht die negativen Aspekte übernehmen.

Der große Kampf tobt zurzeit ums Adoptionsrecht: Glaubst du, dass Lesben oder Schwule schlechtere Eltern sind?

Im Gegenteil – alle, die Kinder lieben, sind gute Eltern.

Bayern klagt jetzt gegen die Stiefkindadoption. Was würdest du Herrn Stoiber sagen?

Ich kann mit Herrn Stoiber nicht reden!

Es gibt ja das Klischee, Künstler seien besonders tolerant. Andererseits gibt es in der Hip-Hop- und der Reggae-Szene viele, die aus ihrem Schwulenhass keinen Hehl machen. Was sind deine Erfahrungen mit dem Musik-Business?

Ich habe sehr viele homosexuelle Freunde, die mir immer wieder die Bedeutungslosigkeit des Unterschieds zwischen Homo- oder Heterosexualität klar machen – es geht darum, sich zu verstehen und zu lieben, das ist überall leicht oder schwer und hat nichts mit einer Branche zu tun. Wer einen Hass hat, ist schwach und braucht unser Mitgefühl!

Am 20. Juni erscheint die neue CD von 2raumwohnung. Wird man euch auf einem der Christopher Street Days sehen oder hören?

Wir sind am 25. Juni in Moskau und werden Russland rocken!

Na dann hoffentlich im nächsten Jahr! Wir halten einen Ehrenplatz auf dem LSVD-Wagen frei.

Danke euch und seid geherzt!

Wir danken dir.

Interview: Alexander Zinn

Die „Aktion 1:1“ des Lesbian- und Schwulenverbandes wirbt für die Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft. Sie wird von zahlreichen Prominenten unterstützt.

Weitere Informationen gibt es unter:
www.aktion-1zu1.de

Inga Humpe, 49, ist zusammen mit ihrem Lebensgefährten Tommi Eckart „2raumwohnung“, eine der erfolgreichsten deutschen Bands. Sie gehört zu den Erstunterzeichnern der „Aktion 1:1“, mit der der Lesbian- und Schwulenverband für die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe wirbt. Im Respekt-Interview erklärt sie, warum.



Inga Humpe, Sängerin von 2raumwohnung, unterstützt die „Aktion 1:1“.

Wir haben noch nicht fertig!

Was Neuwahlen für Lesben und Schwule bedeuten

VON ALEXANDER ZINN



Bundestag: Wenn´s nach dem Kanzler geht, wird im September neu gewählt.

Foto: Bundestag

Seit der Ankündigung von Neuwahlen ist die Verunsicherung groß bei Lesben und Schwulen. Findet die Zeit der großen Reformprojekte nun ein abruptes Ende? Drohen uns Jahre der Stagnation? Wird die Uhr sogar zurückgedreht? Können Lesben und Schwule bei Neuwahlen also nur verlieren? Sicher nicht!

Ein Neustart bietet auch die Chance, alte Schwächen zu überwinden. Und dafür können vier Millionen Lesben und Schwule als Wähler sorgen.

Als Entscheidungshilfe hat der LSVD neun Wahlprüfsteine ausgearbeitet (siehe Seite 7).

Ziehen wir Bilanz, wo wir nach sieben Jahren Rot-Grün stehen. Da ist zunächst die Eingetragene Lebenspartnerschaft, die SPD und Grüne 1998 vereinbarten – die völlige Gleichstellung durch Öffnung der Ehe war damit vom Tisch. Doch die neue Justizministerin Herta Däubler-Gmelin mauerte weiter – sie wollte keine Gleichberechtigung, sondern ein Sonderrecht für Lesben und Schwule.

Das konnte – auch dank der Lobbyarbeit des LSVD – verhindert werden. Doch die 2001 eingeführte Lebenspartnerschaft blieb trotzdem deutlich zurück hinter den rechtlichen Möglichkeiten. Mit einem Generalverweis im Bürgerlichen Gesetzbuch hätte man die Lebenspartnerschaft der Ehe in weiten Teilen gleichstellen können.

Erst nachdem die Union 2002 ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und anschließend auch die Bundestagswahl verlor, wurde Rot-Grün

Wahlprüfsteine des LSVD

Bürgerrechte für Lesben und Schwule

wieder mutiger. Für die zweite Wahlperiode vereinbarte man Nachbesserungen am Lebenspartnerschaftsgesetz. Zum 1. Januar 2005 trat ein Änderungsgesetz in Kraft, das die Gleichstellung bei Hinterbliebenenversorgung und Stiefkindadoption brachte. An das volle Adoptionsrecht, das man ebenfalls ohne den unionsdominierten Bundesrat hätte verwirklichen können, traute man sich leider nicht heran.

Fortschritte gab es darüber hinaus in vielen Detailfragen. Doch auch hier waren immer wieder Kämpfe nötig, wie bei der Frage, ob schwule Männer Soldaten sein dürfen. Oft waren es SPD-Minister, in diesem Fall Verteidigungsminister Rudolf Scharping, die nicht viel übrig hatten für die Sache der Lesben und Schwulen.

Ein Zankapfel war auch das Antidiskriminierungsgesetz. Lange umstritten war dabei, ob Homosexuelle auch im Zivilrecht vor Diskriminierung geschützt werden sollen – oder nur im Arbeitsrecht, wie von der EU vorgeschrieben. Mit dem letzten Entwurf hätten Lesben und Schwule leben können. Ob er noch Gesetz wird, steht nun in den Sternen.

Ein großer Erfolg war schließlich der Beschluss des Bundestages, ein Denkmal für die homosexuellen NS-Opfer zu errichten. Damit bekannte sich Deutschland erstmals zu seiner Verantwortung für die Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich: Ein symbolischer Akt der Wiedergutmachung und ein Hoffnungszeichen für die Zukunft.

So ängstlich und zögerlich Rot-Grün auch oft agierte: die lesben- und schwulenpolitische Bilanz dieser Regierung ist so schlecht nicht. Während die Oppositionsparteien CDU und CSU jeden Reformansatz mit Klagen und Blockaden zu verhindern suchten, haben SPD und Grüne wichtige Reformprozesse in Gang gesetzt.

Dadurch hat sich das gesellschaftliche Klima für Lesben und Schwule deutlich verbessert. Bis weit in die Oppositionsparteien hinein. Ein schwuler CDU-Bürgermeister Ole von Beust wäre zu Kohls Zeiten denkbar gewesen. Und auch die Wende der FDP zu einer auf volle rechtliche Gleichstellung ausgerichteten Bürgerrechtspolitik hätte es sonst wohl nicht so schnell gegeben.

Gleichwohl bleibt festzuhalten: von einer vollen rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sind wir noch weit entfernt. Die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule steht aus. Eine weitere Ungleichbehandlung bei Erbschafts- und Einkommenssteuer und im Adoptionsrecht ist vollkommen unakzeptabel. Darüber hinaus brauchen wir eine aktive Antidiskriminierungspolitik, die alltägliche Diskriminierungen, aber auch das Problem der Hassverbrechen offensiv angeht. Und das sind nur einige Punkte von vielen. Kurz: Wir haben noch lange nicht fertig!

1. Schutz vor Diskriminierung

Trotz erfreulicher Fortschritte im gesellschaftlichen Klima gegenüber Lesben und Schwulen kommt es immer wieder zu Diskriminierungen. Viele Lesben und Schwule fürchten Nachteile im Beruf, wenn ihre Lebensweise bekannt wird. Schwulen Männern werden oft Lebens- und Krankenversicherungen pauschal verweigert. Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ist längst überfällig.

2. Lebenspartnerschaften

Das Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft ist ein großer gesellschaftspolitischer Fortschritt. Gleiche Rechte bringt es aber noch nicht. Im Sozialrecht werden Lebenspartner beispielsweise voll in die Pflicht genommen, im Steuerrecht dagegen wie Fremde behandelt. Das ist unsinnig und ungerecht. Unsere Vision bleibt die Öffnung der Ehe wie in Spanien. Unser konkretes Ziel ist die volle Gleichstellung der Lebenspartnerschaft.

3. Regenbogenfamilien

Viele Lesben und Schwule leben mit Kindern, tragen Verantwortung für deren Erziehung und Wohlergehen. Die Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Familien muss beendet werden. Sie müssen steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt werden. Es gibt keinen sachlichen Grund, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften die Familiengründung durch Adoption, Pflege-schaft oder Insemination zu verwehren.

4. „Transsexuellengesetz“

Das Transsexuellengesetz von 1981 entspricht nicht mehr dem heutigen Kenntnisstand. Es enthält zahlreiche Regelungen, die

mit der Würde des Menschen unvereinbar sind. Transgender müssen das Recht haben, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen – bei der Ausgestaltung ihrer Geschlechtsidentität wie bei ihrer Partnerwahl. Das faktische Ehe- bzw. Partnerschaftsverbot für Menschen, die ihren Vornamen geändert haben, muss aufgehoben werden.

5. Denkmal für NS-Opfer

In der Vergangenheit wurden die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus in der Gedenkkultur fast vollständig übergangen. Am 12. Dezember 2003 hat der Deutsche Bundestag die Errichtung eines Denkmals für die homosexuellen NS-Opfer beschlossen. Es soll die Erinnerung an das Unrecht wach halten und ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen. Der künstlerische Wettbewerb und der Bau des Denkmals müssen zügig umgesetzt werden.

6. Hassverbrechen

Lesben, Schwule und Transgender werden häufig beleidigt, angepöbeln und körperlich angegriffen. Oftmals handelt es sich um gezielte antihomosexuelle Angriffe. Diese Hassverbrechen gehen oft von organisierten Jugendgangs aus, aber auch von Rechtsradikalen und anderen ideologisch motivierten Tätern. Hier gilt es, gezielte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und dauerhaft zu fördern. Programme zur Bekämpfung rechtsextremer und minderheitenfeindlicher Gewalt müssen alle Gruppen, gegen die sich Hassverbrechen richten, einbeziehen. Das gilt auch für Maßnahmen zur Opferhilfe.

7. Migration und Integration

Viele Zuwandererinnen und Zuwanderer in Deutschland stammen aus traditionell orientierten Kulturen, die geprägt sind von patriarchalen Rollenerwartungen und der Tabuisierung und Kriminalisierung von Homosexualität. Die Folgen sind mangelnde Toleranz und Diskriminierung von Lesben und Schwulen. Integrationsmaßnahmen müssen die Lebenssituation von Lesben und Schwulen, sowie Werte der Zivilgesellschaft wie Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung vermitteln.

8. Menschenrechte

Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität stellt eine schwere Verletzung der universellen Menschenrechte dar. In rund 70 Staaten ist gleichgeschlechtliche Liebe strafbar. In mindestens sieben Staaten droht die Todesstrafe. Deutschland muss das Thema Menschenrechte und sexuelle Identität weiterhin offensiv innerhalb der UNO vertreten und darauf hinwirken, dass schwullesbische Organisationen einen offiziellen Status bei den UN erhalten.

9. Bürgerrechte in Europa

Auch in Europa ist es um die Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern mancherorts noch schlecht bestellt. Die Europäische Union war bisher ein Motor für den Abbau von Diskriminierungen. Das muss so bleiben – weitere Antidiskriminierungsregelungen wie das 12. Protokoll zur EMRK müssen von Deutschland ratifiziert und zügig umgesetzt werden. Auch die europaweite Anerkennung von Lebenspartnerschaften ist längst überfällig.

„Die Menschen haben einfach Angst“

Wie Lesben und Schwule in Polen gegen Homophobie kämpfen

Es scheint so, als habe Johannes Paul II. den polnischen Lesben und Schwulen noch im Tod eins auswischen wollen. Am 22. April sollte in Krakau der Christopher Street Day stattfinden. Doch nach dem Tod des Papstes brach in Polen eine „Massenhysterie“ aus, so Tomasz Baczkowski von der polnischen „Fundacja Równosci“ (Stiftung für Gleichberechtigung) und „Kampagne gegen Homophobie“ (KPH). Die Ereignisse des letzten Jahres, als der CSD von

katholischen Jugendgruppen und Neonazis mit Eiern und Steinen angegriffen wurde, drohten sich zu wiederholen. Und so traf man die bittere Entscheidung, die geplante Demonstration abzusagen.

Kaum besser die Situation in Warschau: Hier versuchte Bürgermeister Lech Kaczynski, die für den 11. Juni geplante „Gleichberechtigungsparade“ (Parada Równosci) zu verbieten. Ein Jahr zuvor, im Juni 2004, war ihm dies noch gelungen. Die Begründung damals: die Parade sei „sexuell

obszön“, eine „Gefahr für die öffentliche Moral“ und verletze die religiösen Gefühle Dritter. Doch in diesem Jahr gaben sich die Organisatoren von der Stiftung für Gleichberechtigung, einem Bündnis aus KPH, Lambda Warschau und ILGCN Polen nicht so schnell geschlagen.

Kaczynski will polnischer Präsident werden und im Herbst sind Wahlen. Mit offen homosexuellenfeindlicher Politik, so glaubt er zumindest, kann er die Wähler hinter sich scharen. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass Kaczynski damit auf das richtige Pferd setzt. Denn Homosexuellenfeindlichkeit ist in Polen weit verbreitet. Und das liegt nicht nur am polnischen „Nationalhelden“ Johannes Paul II., der bekanntlich wenig übrig hatte für Lesben und Schwule.

Der Katholizismus spielt sicherlich eine wichtige Rolle, doch die Homophobie der Polen lässt sich nicht allein damit erklären. „Sechzig Jahre lang war Homosexualität kein Thema bei uns“, erklärt Tomasz Baczkowski. „Das ist für die meisten etwas Fremdes, die Menschen haben einfach Angst.“ Und mit Angst vor dem Fremden lässt sich gut Politik machen: Als der EU-Beitritt auf der Tagesordnung stand, warnten rechtspopulistische Europa-Gegner davor, die internationale Seuche der Homosexualität werde das Land heimsuchen. Inzwischen, so meint Baczkowski, sei Homophobie weiter verbreitet als der Antisemitismus, ein weiteres großes Problem in Polen. In einer Umfrage, wen man auf keinen Fall zum Nachbarn haben wolle, rangieren Schwule auf Platz zwei hinter Zigeunern.

Kaczynski nutzt dieses Klima für seinen homosexuellenfeindlichen Populismus. Am 18. Mai verkündet er, er werde die Gleichberechtigungsparade



CSD 2005 in Warschau. Von links: Grünen-Vorsitzende Claudia Roth, Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck, Tomasz Baczkowski (KPH), sowie die LSVD-Vorstände Günter Dworek (hinten) und JacquesTeyssier.

Foto: A. Zinn

auch 2005 wieder verbieten. Kaczynski wörtlich: „Ich bin Befürworter der Toleranz, aber Gegner der Unterstützung schwulorientierten Verhaltens. Hier bleibt alles beim alten. Ich sage ab.“ Ein Schlag ins Gesicht der Organisatoren der Parade, die mit Kaczynskis persönlichem Referenten wochenlang verhandelt und sich über die Demo-Route und – Auflagen geeinigt hatten. Am Vortag, dem Internationalen Tag gegen Homophobie, hatten sie das Ergebnis der Verhandlungen auf einer Pressekonferenz präsentiert.

Ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten! Kaczynski ist offenbar der Ansicht, er könne über demokratische Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit nach Gutsherrenart verfügen. Doch die Organisatoren kennen das Spiel inzwischen. Und sie haben dazugelernt. Auf der juristischen Ebene werden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Schnell wird auch internationale Unterstützung mobilisiert.

Auch der Lesben- und Schwulenverband, der nach dem CSD-Verbot 2004 bereits die Spendenaktion „Gay Solidarnosc“ initiiert hatte, wendet sich mit einem Appell an Präsident und Regierung Polens. In dem Aufruf heißt es, die Menschenrechte seien unteilbar. Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender hätten das Recht, „mit Demonstrationen auf ihre Probleme und ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen“. Innerhalb weniger Tage werden 48 Bundestagsabgeordnete als Unterstützer gewonnen. Auch international findet der Aufruf breite Resonanz. Über 3000 Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnen ihn.

Zwei Tage vor dem Termin der Parade sind die Organisatoren optimistisch, Kaczynski diesmal in die Schranken weisen zu können. Mit prominenter Unterstützung, so hofft Tomasz Baczkowski, werde die Demonstration wie geplant durchgeführt. Zu einer gleichzeitig stattfindenden Konferenz gegen Homophobie hatten die Organisatoren vorsorglich prominente Referenten eingeladen, u.a. die ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Roth, und den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck. Als Schirmherrin der Konferenz konnte die stellvertretende polnische Premierministerin Izabela Jaruga-Nowacka gewonnen werden.

11. Juni, 12 Uhr: mehrere tausend Lesben, Schwule und Sympathisanten versammeln sich vor dem polnischen Parlament „Sejm“. Sie lassen sich weder von einem Großaufgebot Polizei noch von rechtsradikalen Gegendemonstranten davon abhalten, ihr Recht einzufordern. In einem langen Marsch ziehen sie durch Warschauer Innenstadt zum Kulturpalast. Ein Sieg für Polens Lesben und Schwule. Ein Sieg für die Demokratie!

Alexander Zinn

Tomasz Baczkowski

engagiert sich in der „Kampania Przeciw Homofobii“.

Die polnische Organisation kämpft gegen Homophobie und organisiert die CSD`s in Krakau und Warschau



Foto: Baczkowski

Massenhysterie nach Papst-Tod

Tomasz Baczkowski zur Situation in Polen

Respekt: Warum hat die Kampagne gegen Homophobie den Krakauer CSD nach dem Tod von Johannes Paul II. abgesagt?

Baczkowski: In Polen war eine Massenhysterie ausgebrochen. Alle liebten den Papst, auch wenn keiner auf ihn hörte. Den CSD in dieser Situation durchzuziehen, hätte uns mehr geschadet, als genützt.

Respekt: Keiner hörte auf den Papst? Ist er nicht mitschuldig an der verbreiteten Homo-sexuellen-Feindlichkeit?

Natürlich war der Papst ein Teil des Problems, vor allem, weil man ihn nicht kritisieren durfte. Die polnische Homophobie hat aber auch mit sechzig Jahren Kommunismus zu tun: Homosexualität wurde vollkommen tabuisiert. Sie wurde nicht einmal bestraft, es gab sie in der öffentlichen Wahrnehmung gar nicht. Bis heute trauen sich bekannte Schauspieler und Politiker nicht, sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen.

Wie war deine Reaktion, als der Papst gestorben ist?

Mir war klar, dass das kein gutes Zeichen ist für den

Krakauer CSD. Etwas verwundert war ich, dass mich viele deutsche Freunde anriefen, um mir ihr Beileid auszusprechen. Als Ratzinger gewählt wurde, habe ich sie dann alle zurückgerufen und gratuliert.

Wird sich die Lage für Lesben und Schwule in Polen jetzt verbessern?

Es dauert vielleicht noch ein Jahr. Aber nach einer Zwischenphase, glaube ich, wird es einfacher werden für unsere Arbeit.

In Deutschland haben viele Angst, dass uns nach der Wahl Ratzingers zum Papst nun „polnische Verhältnisse“ blühen.

Das glaube ich nicht. In Deutschland hat es doch sofort nach der Wahl auch heftige Kritik an Ratzinger gegeben – so etwas wäre in Polen nicht möglich gewesen. Aber es kann natürlich schon sein, dass sich eine neue konservativ-religiöse Front formiert. Als ich Stoiber nach Ratzingers Wahl im Fernsehen gesehen habe, wie er seinen Kopf unterwürfig zur Seite legte, das erinnerte mich doch sehr an einige rechtskonservative Politiker in Polen.

Interview: Alexander Zinn

Ohne Begründung abgelehnt

Vielen schwulen Männern werden Versicherungen verweigert. Im Respekt-Gespräch streiten Experten, ob diese Praxis diskriminierend ist.

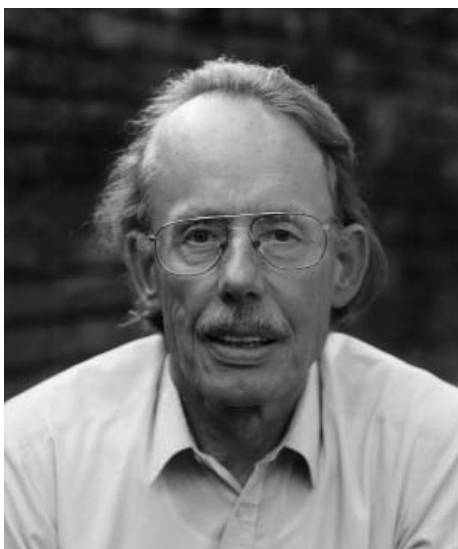
Das Antidiskriminierungsgesetz soll auch Lesben und Schwule vor Benachteiligungen schützen. Zum Beispiel schwule Männer, denen der Abschluss von Lebens- und Krankenversicherungen oft wg. eines angeblich höheren HIV-Risikos verweigert wird. Respekt sprach darüber mit Christian Brandt, Vermittler von Versicherungen für Lesben und Schwule, Peter Schwark, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und Manfred Bruns, LSVD-Bundesvorstand.

Respekt: Herr Brandt, Sie vermitteln Versicherungsverträge speziell für Lesben und Schwule. In welcher Form kommt es hier zu Diskriminierungen?

Brandt: Es gibt eine ganze Reihe von Diskriminierungen. Zu den eklatantesten gehört es, wenn schwulen Männern Lebens-, Berufsunfähigkeits- oder Krankenversicherungen verweigert werden, obwohl die Gesundheitsfragen risikotechnisch einwandfrei beantwortet wurden. Diskriminierend sind auch Risikozuschläge, obwohl sich aus den Antworten auf die Gesundheitsfragen kein erhöhtes Risiko ableiten lässt. Auch aufschiebende Regelungen (voller Versicherungsschutz nach Ablauf des dritten Jahres) und HIV-Tests, obwohl die Annahmerichtlinien keine Untersuchungen vorsehen, sind eindeutig diskriminierend. Und nicht zu vergessen der Klassiker bei den Lebensversicherungen, wenn der Versicherungsagent dem Kunden sagt, er möge zunächst eine Frau (z.B. seine Mutter) als Bezugsberechtigte eintragen, damit seine Homosexualität bei der Prüfung nicht bemerkt wird.

Wie verbreitet sind solche Benachteiligungen?

Brandt: Nach unseren Schätzungen kommt es bei



Manfred Bruns: Bundesvorstand des LSVD.

den Berufsunfähigkeits- und Krankenversicherungen bei jeweils ca. 25 Prozent der Anträge zu Diskriminierungen. Bei Lebensversicherungen liegt die Rate bei ca. 80-90 Prozent, wenn der Partner als Bezugsberechtigter eingesetzt wurde.

Herr Schwark, der GDV hat demgegenüber erklärt, "die meisten Lebensversicherer" würden Schwule sehr wohl versichern. Worauf stützen Sie diese Behauptung?

Schwark: Die Frage müsste umgekehrt gestellt werden: Die anlässlich der Anhörung im Bundestag erhobene und in den Medien verschiedentlich wiederholte Behauptung des LSVD, dass 90 Prozent der Lebens- und Krankenversicherer Schwule grundsätzlich nicht versichern würden, wurde vom LSVD in der Süddeutschen Zeitung bereits als "unkorrekt" zurückgenommen. Ich bedauere, dass zu Lasten der Versicherer mit derartigen Zahlen Politik gemacht wird. Nach einer Verbandsbefragung bieten fast alle Lebensversicherer auch Schwulen Lebensversicherungsschutz an.

Bruns: Die Anträge auf Lebensversicherungen, in denen der Partner als Begünstigter eingesetzt wird, werden nach unseren Erfahrungen tatsächlich zu 80 bis 90 Prozent pauschal und ohne Begründung abgelehnt. Aber wir müssen uns hier nicht um Zahlen streiten: Jeder Diskriminierungsfall ist einer zu viel. Und da interessiert es mich schon, wie Sie darauf kommen, dass schwule Männer nicht diskriminiert werden.

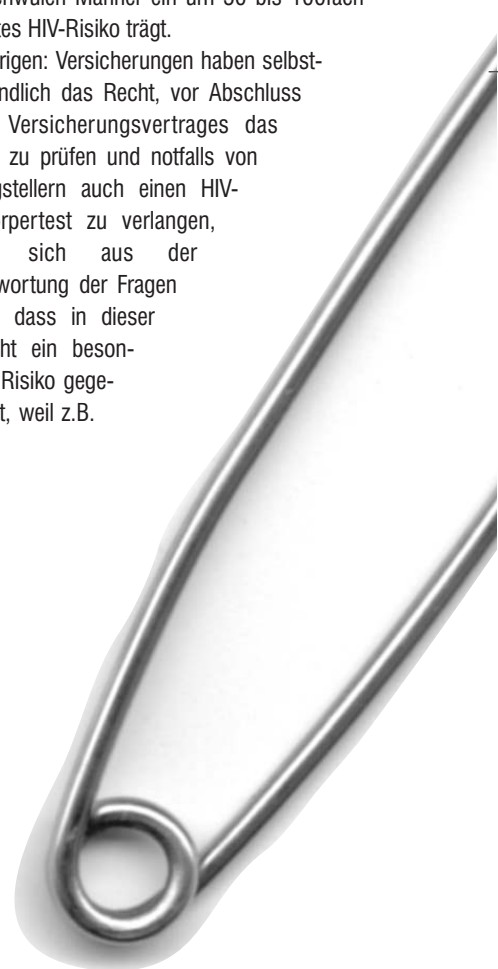
Respekt: Der GDV gesteht immerhin zu, dass „ein Teil der Versicherer“ von schwulen Männern eine Risikoprüfung bzw. einen Risikoaufschlag verlangt. Ist das keine Diskriminierung?

Schwark: Die Statistik des Robert-Koch-Instituts lässt ein 50 bis 100fach erhöhtes HIV-Risiko für Schwule im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung erkennen. Wie bereits der LSVD in seiner Stellungnahme zum ADG anerkennt, ist die Risikoprüfung ggf. mit HIV-Test oder einem Risikozuschlag, der ein derart erhöhtes Risiko aus-

gleicht, keine Diskriminierung. Die risikoadäquate Kalkulation dient letztlich der Gleichbehandlung aller Versicherten, damit Menschen mit gleichen Risiken die gleiche Prämie zahlen, bei ungleichen Risiken aber durch eine entsprechend höhere oder niedrigere Prämie ein für alle Versicherten vergleichbares Preis-Leistungsverhältnis hergestellt wird.

Bruns: Zunächst zur Klarstellung: Die Tatsache, dass nach der Statistik des Robert-Koch-Instituts knapp 50 Prozent der HIV-Infizierten schwule Männer sind, bedeutet nicht, dass die Gesamtheit der schwulen Männer ein um 50 bis 100fach erhöhtes HIV-Risiko trägt.

Im Übrigen: Versicherungen haben selbstverständlich das Recht, vor Abschluss eines Versicherungsvertrages das Risiko zu prüfen und notfalls von Antragstellern auch einen HIV-Antikörpertest zu verlangen, wenn sich aus der Beantwortung der Fragen ergibt, dass in dieser Hinsicht ein besonderes Risiko gegeben ist, weil z.B. der



Antragsteller als Sextourist in Entwicklungsländer zu reisen pflegt. Was wir beanstanden ist, dass Antragsteller aufgrund von Indizien als "schwul" eingestuft werden und dass der Antrag dann ohne Begründung abgelehnt wird, ohne dass konkret nach einem besonderen Risiko (z.B. Sexualverhalten, Kondombenutzung) gefragt wird.

Was erhoffen Sie sich in diesem Zusammenhang vom Antidiskriminierungsgesetz?

Bruns: Wenn in Zukunft der Antrag eines schwulen Mannes ohne Begründung abgelehnt wird, ist das eine Tatsache, die eine Benachteiligung wegen der sexuellen Identität vermuten lässt. Die Versicherung muss dann nach-



weisen, dass ein sachlicher Grund die Ablehnung rechtfertigt. Dafür reicht es nicht aus, dass sich die Versicherung darauf beruft, rund die Hälfte der HIV-Infizierten und AIDS-Kranken seien schwule Männer. Die Berechnung müsste vielmehr den Anteil der Schwulen an der Gesamtheit der versicherten Männer und die durchschnittlichen Kosten, die die versicherten Schwulen einerseits und die versicherten heterosexuellen Männer andererseits verursachen, berücksichtigen. Darüber gibt es aber keine genauen Zahlen und sie lassen sich auch nicht ermitteln. Bei der Anhörung im Bundestag ist deutlich geworden, dass die Versicherungen die Risikozuschläge für Behinderte usw. durchweg nicht versicherungsmathematisch begründen, sondern nur grob schätzen. Das wird nach der Verabschiedung des ADG nicht mehr möglich sein.

Herr Schwark, als Alternative zum ADG schlagen Sie eine Einzelfallprüfung vor, um das individuelle Risiko des Antragstellers festzustellen.

Öffnet das nicht der Willkür Tür und Tor?

Schwark: Das ADG lässt statistisch begründete Risikodifferenzierungen ausdrücklich zu. Daneben müssen zur sachlichen Begründung von Unterschieden aber auch weitere versicherungstechnische Erfahrungswerte und medizinische Einschätzungen des Einzelfalls zugelassen werden. So ist insbesondere Behinderten nicht damit gedient, wenn ihr Risiko – trotz der Vielgestaltigkeit der Krankheitsbilder, der unterschiedlichen Schweregrade und jeweiligen therapeutischen Heilungschancen – allein nach der allgemeinen Statistik für den Krankheitstyp beurteilt wird. Ohne medizinische Einzelfallbetrachtungen könnten viele Menschen mit relevanten Vorerkrankungen heute gar nicht versichert werden. Nur dadurch konnte die Ablehnungsquote in der Lebensversicherung in den letzten 50 Jahren von 40 auf unter zwei Prozent abgesenkt werden. Sogar Herzinfarkt-Patienten können heute oftmals versichert werden.

Einzelfallbetrachtungen sind aber auch sinnvoll, um logische Zusammenhänge zu berücksichtigen, etwa dass in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das HIV-Infektionsrisiko Schwuler geringer ist. Wettbewerb der Unternehmen ist übrigens der beste Diskriminierungsschutz, der Markt der beste Kontrolleur objektiver und genauer Risikobewertungsverfahren der Versicherer.

Brandt: Warum Einzelfallprüfung? Die HIV-Infektionsgefahr ist sicherlich bei Touristen, die nach Thailand fahren, deutlich höher. Oder bei Menschen, die das Rotlichtmilieu aufsuchen. Diese Beispiele zeigen, dass es sicherlich Bevölkerungsgruppen gibt, die einem deutlich höheren HIV-Risiko ausgesetzt sind, aber ohne größere Umstände Versicherungsschutz erhalten. Also entweder müssen alle eine HIV-Untersuchung absolvieren (Heteros wie Schwule) oder es gelten unterhalb der Untersuchungsgrenzen für alle die gleichen Regeln!

Bisher wird ja hauptsächlich versteckt diskriminiert. Bringt das Gesetz Schwulen und Lesben in der Praxis dann überhaupt etwas?

Brandt: Es kommt darauf an. Sicherlich werden durch das Gesetz die Sinne geschärft und in der Öffentlichkeit eine größere Sensibilität hervorgerufen. Handelte es sich bis jetzt um ein Problem, über das besser geschwiegen wurde, werden Kunden und Verbraucherzentralen und natürlich der LSVD verstärkt auf Fälle, in denen Diskriminierungen vorliegen, hinweisen. Sicherlich werden auch Überlegungen auf Versichererseite stattfinden, die schwule Versicherungsnachfrage besser zu befriedigen. Dies wird aber dauern und 100 Prozent Diskriminierungsfreiheit werden wir sicher nicht bekommen. Konsequenz: schwule Kunden werden auch zukünftig benachteiligt werden, der Versicherer wird sicherlich Zuschläge oder Ablehnungen mit dem aus seiner Sicht erhöhten



Christian Brandt: vermittelt Versicherungen an Lesben und Schwule.

Risiko, wenn überhaupt, begründen. Viele Fälle werden aber erst gar nicht bekannt werden, da auch weiterhin gilt: „Wo kein Kläger, da auch kein Richter...“.

Wie sähe Ihrer Meinung nach eine gerechte und diskriminierungsfreie Versicherungspraxis aus?

Schwark: Eine gerechte und diskriminierungsfreie Versicherungspraxis bedeutet, dass das Angebot von Versicherungsschutz immer von dem jeweiligen Risikoprofil abhängt. Das ist im Sinne eines für alle Versicherten vergleichbaren Preis-Leistungsverhältnisses fair und gerecht.

Brandt: Gleiche Rechte für alle und die Versicherungswirtschaft möge endlich faire und risikoadäquate Lösungen anbieten.

Bruns: Wir lehnen eine pauschale Benachteiligung von schwulen Männern ab. Risikozuschläge oder Ablehnungen darf es nur dann geben, wenn versicherungsmathematisch ein höheres Risiko nachgewiesen werden kann. Wie schon dargelegt, ist das nach meinem Eindruck nicht möglich.



Peter Schwark: Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft.

Eine Familie ist eine Familie ist...

In Deutschland leben Hunderttausende
lesbische Mütter und schwule Väter

VON DR. ELKE JANSEN



Regenbogen-Glück: Frank Karge und sein Partner Frank Riebesell mit Pflegesohn Raphael.

Foto: Angela Ankner

In Deutschland leben Hunderttausende lesbische Mütter und schwule Väter, die Verantwortung für das Wohlergehen und die Erziehung ihrer Kinder tragen. Homosexualität und Elternschaft war lange für weite Teile der Gesellschaft, einschließlich der Lesben und Schwulen selbst, kaum vorstellbar. Die heute gern gepriesene gesellschaftliche Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen

hört in der Regel spätestens dann auf, wenn Kinder ins Spiel kommen.

Viele Regenbogenfamilien, d.h. lesbische Mütter, schwule Väter und ihre Kinder, sehen sich immer noch mit einer Fülle von Vorurteilen oder Vorbehalten konfrontiert. Psychosoziale Studien zur Lebenswirklichkeit von Regenbogenfamilien attestieren lesbischen Müttern und schwulen Vätern seit lan-

gem eine adäquate Erziehungsfähigkeit und ihren Kindern eine gelungene emotionale, soziale oder sexuelle Entwicklung. Eben diese Studien weisen jedoch auch ein breites Spektrum potentieller Störfelder und Belastungsquellen im Familienalltag auf, die durch rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung ebenso genährt werden wie durch den Informationsmangel und die Verhaltensunsicherhei-

Große Rechtsunsicherheit

Stiefkindadoption löst nicht alle Probleme

ten von Fachpersonal, dem die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien obliegt.

In Deutschland ist bislang das gesellschaftliche und politische Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien nicht vorhanden. Differenzierte Informationen in der Fachwelt über Fragen und Belange von Homosexuellen mit Kindern bzw. Kinderwunsch sind wenig verbreitet. Es gibt hier einen großen und breit gefächerten Handlungsbedarf, dem sich das LSVD-Projekt „Regenbogenfamilien“ seit 2002 widmet.

Seit letztem Jahr bieten wir – mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums – in Köln eine Informationsreihe an, die durch Vorträge und Diskussionen zu ausgewählten Brennpunkten der familiären und gesellschaftlichen Wirklichkeit von Regenbogenfamilien zur Beseitigung von Informationslücken und Verhaltensunsicherheiten beitragen will.

Dr. Martin Ganguly eröffnete die Reihe im September 2004 mit seinem Workshop „Regenbogenfamilien machen Schule“. Im Oktober lasen Stephanie Gerlach und Uli Streib-Brzic aus ihrem neuen „Buchprojekt“, in dem Kinder aus Regenbogenfamilien über ihren Familienalltag berichten. Prof. Dr. Udo Rauchfleisch informierte im März 2005 über die familiäre Wirklichkeit und Selbstdefinition lesbischer Mütter, schwuler Väter und ihrer Kinder, die „ganz normal anders“ sind. Alle Beiträge sind Ende dieses Jahres in Form einer Dokumentation erhältlich.

Medien beeinflussen unsere Vorstellungen von homosexuellen Lebensweisen und familiären Wirklichkeiten. Bis heute kommen Regenbogenfamilien in den mehrheitlich geteilten Familienbildern in Gesellschaft, Recht und Wissenschaft kaum vor.

Aus diesem Grunde widmet sich die Abschlussveranstaltung unserer Vortragsreihe „Regenbogenfamilien – Eine Familie ist eine Familie“ der Frage nach der Präsentation von „Homosexualität und Elternschaft“ in den Medien. Am Samstag, dem 2. Juli 2005, diskutieren im Rahmen des Kölner CSDs auf der Politbühne von 17 bis 18 Uhr Print- und TV-Journalist(innen) über „Regenbogenfamilien im Spiegel der öffentlichen Meinung“. Ihr seid herzlich eingeladen.

Dr. Elke Jansen, geb. 1962,
ist Diplom-Psychologin und Psychologische Psychotherapeutin. Seit September 2002 leitet sie das Projekt „Regenbogenfamilien“ des Lesben- und Schwulenverbandes, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

Die rechtliche Absicherung von Regenbogenfamilien ist nach wie vor völlig unzureichend. Insbesondere bei der Fremdinseminationen bewegen sich Lesben und Schwule mit Kinderwunsch in einer rechtlichen Grauzone. Respekt fragte den Rechtsanwalt und Notar Dirk Siegfried, wo die Probleme liegen.

Herr Siegfried, seit dem 1. Januar gibt es die Stiefkindadoption für schwule und lesbische Lebenspartner. Was sind die Voraussetzungen?

Es ist jetzt möglich, das leibliche Kind des Lebenspartners zu adoptieren. Voraussetzung ist, dass die Adoption dem Kindeswohl dient und dass ihr der andere Elternteil zustimmt.

Welche praktische Bedeutung hat das?

In Deutschland lebten 2003 laut Mikrozensus mindestens 13.000 Kinder bei gleichgeschlechtlichen Paaren. Oft stammen diese Kinder aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen. In vielen dieser Fälle kann eine Stiefkindadoption dazu beitragen, das Kind rechtlich besser abzusichern.

Viele lesbische Paare erfüllen sich ihren Kinderwunsch durch künstliche Befruchtung. Wie ist die rechtliche Situation in diesen Fällen?

Bei der Fremdinsemination gibt es noch viele Probleme. Zum einen, weil die rechtliche Situation bei nicht verheirateten oder in Lebenspartnerschaft lebenden Frauen völlig unklar ist. Viele Samenspender und Ärzte haben deswegen Angst vor möglichen Unterhaltsansprüchen. Zum anderen, weil die Lebenspartnerin der Mutter, anders als der Ehegatte, nach der Geburt nicht automatisch als zweites Elternteil gilt. Das

Kind hat gegenüber seiner Co-Mutter deswegen keine Unterhalts- oder Erbsprüche. Das kann nicht im Sinne des Kindeswohls sein. Am besten wäre es deswegen, auch hier zu einer Gleichstellung mit der Ehe zu kommen: wenn eine Lebenspartnerin ein Kind bekommt, sollten beide Lebenspartnerinnen rechtlich als Eltern gelten.

Was bringt die Stiefkindadoption in diesen Fällen?

Vor der Zeugung lässt sich damit keine Rechtssicherheit herstellen, denn die Mutter darf einer Stiefkindadoption frühestens acht Wochen nach der Geburt zustimmen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Samenspender in jedem Fall auf der unsicheren Seite: Unterhalts- und Erbsprüche lassen sich vertraglich nicht ausschließen. Sie fallen erst mit der Stiefkindadoption weg.

Bayern klagt jetzt gegen die

Stiefkindadoption vor dem Bundesverfassungsgericht. Hat eine solche Klage Erfolgsaussichten?

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil 2002 eindeutig festgestellt, dass die Lebenspartnerschaft mit Rechten und Pflichten ausgestattet werden kann, „die denen der Ehe gleich oder nahe kommen“. Auch ein Gutachten des Bundestages, das der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler beantragt hatte, ist im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis gekommen, dass die Stiefkindadoption verfassungsgemäß ist. Es spricht viel dafür, dass sich Bayern mit der Klage einen Bärenienst erweist. Denn wenn das Bundesverfassungsgericht nochmals ausdrücklich bestätigt, dass die Stiefkindadoption verfassungsgemäß ist, könnte dieses Urteil auch der Wegbereiter sein für das gemeinsame Adoptionsrecht, das gleichgeschlechtlichen Paaren bislang willkürlich vorenthalten wird.

Interview: A. Zinn



Dirk Siegfried,
Rechtsanwalt und Notar in Berlin, engagiert sich seit Jahren für die Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare.

LSVD-Vorstand Philipp Braun bei UN-Menschenrechtskommission

Einhaltung der Menschenrechte von Lesben und Schwulen gefordert



Treffen bei den UN: Philipp Braun (LSVD), Holger-Heinrich Haibach (CDU), Rainer Funke (FDP), Dr. Bärbel Kofler (SPD) und der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Tom Koenigs (v.l.).

LSVD-Sprecher Philipp Braun hat am 5. April in Genf vor der UN-Menschenrechtskommission (MRK) die Einhaltung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern (LGBT) eingefordert. Braun sprach im Namen des kanadischen „HIV/AIDS Legal Network“. Hintergrund ist, dass bei den UN keine LGBT-Organisationen akkreditiert sind.

Braun erklärte, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auch die bürgerlichen und politischen Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern umfasse. Diese Rechte einzufordern, sei auch nach über 100 Jahren Emanzipationsbewegung notwendig. So werde Homosexualität noch immer in über 70 Ländern kriminalisiert.

Die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte von Homosexuellen widerspricht laut Braun einem Urteil des UN-Menschenrechtsausschusses aus dem Jahr 1994. Damals hatte der Ausschuss im Fall Toonen gegen Australien entschieden, dass Gesetze, die die einvernehmliche Sexualität zwischen zwei Menschen des gleichen Geschlechts verbieten, gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoßen.

Am Rande der MRK-Sitzung kam es auch zu einem Treffen mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Tom Koenigs und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Rainer Funke. Thema des Gesprächs mit LSVD-Sprecher Philipp Braun, Vertretern der International Gay and Lesbian Organisation (ILGA) und LGBT-Gruppen aus Jamaika, Peru, Sierra Leone, Fiji und Sri Lanka war die internationale Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen.

Die schwulesbischen Vertreter berichteten in kurzen Statements über die Situation in ihren Ländern. Eine erfreuliche Entwicklung zeichnet sich demnach in Indonesien ab: Dort erkennt die offizielle Menschenrechtskommission schwul-lesbische Rechte inzwischen an. Auch gibt es Diskussionen mit progressiven muslimischen Ullamas (Rechtsgelehrten). In Sierra Leone ist der gesellschaftliche Druck dagegen enorm: nach dem Mord an Fanny Ann Eddy von der Sierra Leone Lesbian and Gay Association hat die Deutsche Botschaft im Dialog mit den Behörden geholfen, dass zumindest die Räumlichkeiten der Organisation wieder genutzt werden können. Auch in Jamaika ist antihomosexuelle Gewalt alltäglich und wird durch die Propagierung in der Dancehall-Music noch forciert.

Tom Koenigs und Rainer Funke bekräftigten die deutsche Unterstützung und gaben der Hoffnung Ausdruck, dass man sich eines Tages wegen schwul-lesbischer Rechte nicht mehr treffen muss.

AZ

Gedenkort für homosexuelle NS-Opfer

Kolloquium zur Vorbereitung des Wettbewerbs in Berlin

Sechzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus rückt die Realisierung eines Denkmals für die homosexuellen NS-Opfer endlich in greifbare Nähe. Mit einem gut besuchten Kolloquium wurde Anfang April in Berlin der Auftakt für den künstlerischen Wettbewerb zur Realisierung des Denkmals gesetzt. Der Wettbewerb wird vom Land Berlin im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland und in Abstimmung mit der „Initiative der homosexuellen NS-Opfer gedenken“ und dem LSVD ausgelobt. Damit wird ein Beschluss des Deutschen Bundestages vom Dezember 2003 umgesetzt.

Das zweitägige Kolloquium diente der inhaltlichen Vorbereitung des Wettbewerbes, der noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll. Rund hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kunst und Kunswissenschaft, aus Politik, Geschichtsinitiativen und Geschichtswissenschaft sowie aus der Schwulen- und Lesbenbewegung informierten sich über den neuesten Forschungsstand zur nationalsozialistischen Homosexuellenverfolgung und berieten über die Bedeutung des geplanten Gedenkortes für die Bundesrepublik Deutschland. Erörtert wurde die Einbettung in die Denkmals- und Stadtlandschaft im Zentrum von Berlin und das Verhältnis zu den authentischen

Orten der Verfolgung wie beispielsweise der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen.

Das Denkmal soll gegenüber dem Holocaust-Mahnmal in der Nähe des Reichstagsgebäudes entstehen. Im Januar 2006 soll das Preisgericht über die Wettbewerbsbeiträge entscheiden. Im April kommenden Jahres wird man die Entwürfe dann besichtigen können. Der Baubeginn ist für Mitte 2006 geplant.

Mit dem Kolloquium ist ein guter inhaltlicher Start in den Wettbewerb gelungen. Jetzt sind die Künstlerinnen und Künstler am Zuge, dem Gedenken an die verfolgten Homosexuellen Ausdruck zu verleihen. Insgesamt 24 Künstlerteams haben die Einladung zur Teilnahme am Wettbewerb angenommen. Sieben davon wurden über einen offenen Ideenwettbewerb ausgewählt, an dem sich auch interessierte Vertreter der lesbisch-schwulen Community beteiligen konnten.

Das Denkmal soll nach dem Beschluss des Bundestages die verfolgten und ermordeten Opfer ehren, die Erinnerung an das Unrecht wach halten und ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen.

Günter Dworek und Albert Eckert



DIE ZEIT

3. März 2005: Kulturbedingte „Ehrenmorde“

Berlin-Tempelhof hat ein neues Denkmal. Dort, wo vor einem Monat die 23-jährige Hatun Sürücü einem so genannten Ehrenmord zum Opfer fiel, werden immer wieder Blumen niedergelegt und Kerzen angezündet. Sürücü war bereits das sechste Opfer jener Verbrechen im Namen der Ehre, die in der Hauptstadt in nur vier Monaten zu beklagen waren. Dass die schöne junge Frau als das Erste dieser Opfer überhaupt öffentlich bekannt wurde, ist beschämend, wenn man sich vor Augen hält, wie viel – berechnete – Empörung der Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh im letzten Herbst ausgelöst hat. Und immer noch hält sich der Protest in Grenzen: Es blieb dem Lesben- und Schwulenverband vorbehalten, eine Mahnwache für Hatun Sürücü zu organisieren, an der dann immerhin 200 Menschen teilnahmen. Lauter als die wohlmeinenden Appelle der Teilnehmer dröhnte das Schweigen der Nicht- teilnehmer, die eigentlich an vorderster Stelle hierher gehört hätten: islamische Verbände, die es ernst meinen mit ihrem Bekenntnis zu den Menschenrechten; Imame, die an die Verträglichkeit der Lehren des Korans mit dem Rechtsstaat glauben; fromme Muslime, die es nicht länger hinnehmen wollen, dass ihr Glaube zur Rechtfertigung von Frauenunterdrückung im Zeichen eines archaischen Ehrbegriffs erhalten muss.

Frankfurter Rundschau

26. März 2005: Homosexuelle streiten mit Versicherungen wegen Aids-Risiko

...Ein solcher [Fall] ist das Paar Bernd Simon und Gilmar Jost. Letzterer wollte nach eigenen Angaben bei der Barmania eine Police abschließen, wurde aber abgelehnt. Es gebe eine interne Anweisung,

Schwule nicht zu versichern, habe ein Makler erklärt. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) kennt eine Menge solcher Fälle. Rund 90 Prozent der Versicherer diskriminierten schwule Männer gegenüber Heteros durch verschärfte Risikoprüfung oder völlige Ablehnung, sagt ein LSVD-Sprecher. Die Assekuranzfrage aber nicht offen, sie arbeite mit Vermutungen. Praktisch jeder Mann, der einen anderen Mann bei einer Lebensversicherung im Todesfall als Begünstigten angibt, werde verdächtigt. „Die Versicherer vermuten dann ein höheres HIV-Risiko“, sagt der LSVD-Sprecher. In der Regel würden Ablehnungen nicht begründet, sodass die Diskriminierung versteckt bleibe. Ein Grund für diese Praxis ist nach Expertenansicht, dass die Versicherer die rund fünf Millionen Homosexuellen als Kunden nicht verlieren wollen. Statistisch gesehen sind sie überdurchschnittlich vermögend.

Kölnische Rundschau

26. April 2005: Visionen zum Geburtstag

...Der 15. Verbandstag am Wochenende im Deutzer Bürgerzentrum war somit auch eine Jubiläumsveranstaltung, doch die mehr als 100 Teilnehmer hatten eher die Visionen für die Zukunft im Blick. Den Mitgliedern des LSVD geht beispielsweise das Antidiskriminierungsgesetz nicht weit genug. Ein Konflikt entstehe oftmals für Homosexuelle, die in kirchlichen Einrichtungen wie Kindergärten oder Krankenhäusern arbeiten wollten, dies aber wegen ihrer Homosexualität nicht dürften, erklärte Eduard Stapel vom Bundesvorstand. Mit Vorträgen von Experten wurden die Tagungsteilnehmer über diese und weitere Themen informiert. Ein Geschenk zum 15. Geburtstag machte sich der LSVD zudem selbst: Mit „Respekt! Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik“ lag die erste Ausgabe der neuen Verbandszeitung vor, die nicht nur für Mitglieder gedacht ist.



Mai/Juni 2005: Coming-out in der Schule

Auf dem Schulhof dient „schwule Sau“ als

General-Schimpfwort. Oft reicht nur der Verdacht, ein Junge könnte schwul, ein Mädchen lesbisch sein, um übelste Mobbingattacken zu starten. In einer Studie des Niedersächsischen Sozialministeriums berichten 67 Prozent der Befragten über negative Erfahrungen nach ihrem Coming-out.

Judith Eisert, Sozialarbeiterin beim Jugendzentrum „anyway“ in Köln weiß, wie schwierig es ist, verunsicherten Schülern zu helfen: „Sicher arbeiten wir darauf hin, dass die Jugendlichen selbstbewusst zu sich stehen. Wir wollen Ihnen zeigen, dass sie keine Exoten sind und dass sie sich in ihrer Umwelt selbstverständlich bewegen können.“ Doch ein Patentrezept gibt es nicht. „Oft sind auch die Lehrer überfordert. Viele schauen weg, auch wenn Betroffene in der Sportumkleide attackiert werden“, sagt Peter Ruch vom Pädagogischen Institut des Schulreferats München... Unwissenheit, so heißt es beim Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD), ist ein Grund, warum die meiste Gewalt gegen Homosexuelle von Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren ausgeht. „Oft kommt Homosexualität nur im Biologieunterricht vor. Gern auch als sexuelle Abart im selben Kapitel wie Pädophilie oder als Risikofaktor in Verbindung mit der AIDS-Aufklärung“, sagt Ulf Höpfner, offen schwuler Lehrer aus Berlin.

die tageszeitung

24. Mai 2005: Warschau bleibt hetero

Zum Verbot des Warschauer Christopher Street Days erklärte Philipp Braun, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD): „Es kann nicht hingenommen werden, dass die Menschenrechte mitten in Europa mit Füßen getreten werden. Der LSVD fordert die Bundesregierung und die Europäische Union auf, bei der polnischen Regierung vorstellig zu werden.“ Vordergründig ist Kaczynskis Abwehrhaltung zunächst durch eine durchschnittlich homophobe, katholische Grundhaltung motiviert. Darüber hinaus scheint der Bürgermeister, der bald Präsident werden möchte, mit homosexuellenfeindlichen Parolen Wähler gewinnen zu wollen..



www.kreuz.net vom 8. März 2005: Zuviele Hochzeiten

Katja Ebstein ist eine berühmte und populäre deutsche Schlagersängerin, die auch sehr engagiert in der Initiative „Künstler für Christus“ mitmacht. Gleichzeitig ist sie eine Vorkämpferin für das Homo-Konkubinats.

Ende Februar verbreitete die Nachrichtenagentur AP eine Meldung, wonach militante Homosexuelle in Deutschland auf eine vollständige Gleichstellung des Homo-Konkubinats mit der Ehe drängten. Es sei aus diesem Grund eine von Prominenten unterstützte Kampagne unter dem Motto „Aktion 1:1“ in Gang gebracht worden, um die Gesetzesinitiative der rot-grünen Regierung zur Gleichstellung im Erbschafts- und Steuerrecht zu unterstützen. Die Aktion wird von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützt. Zu ihnen gehört neben dem Schriftsteller Günter Grass, dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt, dem Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds Michael Sommer und dem Schauspieler Dietmar Schönherr auch die Schlagersängerin Katja Ebstein.

Anlässlich ihres bevorstehenden 60. Geburtstages am 9. März ließ Katja Ebstein an ihren Überzeugungen keinen Zweifel. Ihr Engagement für die umstrittene Kampagne „Aktion 1:1“ erklärte sie nach einem Bericht der Nachrichtenagentur AP folgendermaßen: „Ich finde das ganz normal, daß Menschen, die miteinander leben wollen, sich das auch legalisieren lassen dürfen. Gott sei Dank sind da gerade die richtigen Leute an der Regierung, die das unterstützen.“

Papst Ratzinger und wir

Die Amtskirche sieht sich von Mächten des Bösen umlauert

VON ERIC LEIS

Die römisch-katholische Amtskirche hat sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in eine Festung eingemauert und glaubt sich von Mächten des Bösen umlauert und bedrängt. Sie erkennt dabei, dass die ganze Welt, auch die „dort draußen“ Gottes Welt ist.

In dem kurzen Pontifikat Johannes' XXIII und während des von ihm einberufenen 2. Vatikanischen Konzils schien es, als ob die Fenster geöffnet würden und frische Luft ins alte Gemäuer einziehen könnte. Zu den Theologen, die sich der Welt zuwandten, ihre Wirklichkeit zur Kenntnis nahmen und die Bibel nicht als Gesetzbuch, sondern als eine befreiende Botschaft verstanden und verkündeten, gehörte Joseph Ratzinger.

Als sie aber sahen, dass der katholische Teil der Christenheit das Angebot der Freiheit ernst nahm, als sie keine Schäflein mehr sein wollten, sondern als mündig gewordene Menschen sich und ihren wirklichen Anliegen Gehör verschafften, überkam viele Angst und Schrecken. Ihnen war die alte Festung der Hort einer vermeintlich notwendigen Sicherheit, in dem alte zeitbedingte Formulierungen zu ewigen Wahrheiten hochstilisiert wurden. Dahin zogen sie sich zurück. Und wie so oft in der Kirchengeschichte war ihnen die gute Gabe Gottes, die Sexualität, mit der sie nicht umgehen konnten, die sie nicht beherrschen konnten, ein besonderer Quell der Angst. Diese Angst zog sich durch die lange Amtszeit des verstorbenen Papstes, dessen Chefideologe sein Nachfolger wurde. Eine neue Umkehr ist von ihm nicht zu erwarten.

An diesem traurigen Befund ändert auch der Umstand nichts, dass auch römisch-katholische Bibelwissenschaftler und Moraltheologen z.B. längst erkannt haben, dass die Bibel Homosexualität in unserem Sinne nicht gekannt hat und etwa die angeblich „einschlägigen“, aus dem Zusammenhang gerissenen Bibelstellen weder eine entsprechende Veranlagung noch freiwillige sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen verurteilen. Außerdem, dass die immer wieder herangezogene Kennzeichnung „wider die Natur“ auf einer unsauberen Vermengung unterschiedlicher Naturbegriffe beruht.

Noch so viele oberkirchliche Verlautbarungen können nicht verhindern, dass solche Erkenntnisse



Papst Benedikt XVI. hält die Homo-Ehe für die „Legalisierung des Bösen“.

ins Kirchenvolk dringen. Wenn es also eine Hoffnung auf Wandlung gibt, dann gründet sich diese auf die „Kirche unten“, die vielleicht doch noch eine „Reform an Haupt und Gliedern“ erzwingt.

Die Hunderttausenden, die auf den Weltjugendtreffen dem Papst frenetisch zugejubelt haben, hinterließen an ihren Versammlungsorten unzählige benutzte Kondome: auch das ein Zeichen der Hoffnung.

Antihomosexuelle Achse des Religiösen

Was wir von Papst Benedikt XVI. zu erwarten haben

VON GÜNTER DWOREK

Wir sind Papst, titelte die Bildzeitung. Wir alle? Mit Benedikt XVI. steht ein Mann an Spitze der Katholischen Kirche, der homosexuellen Menschen auch im weltlichen Bereich unversöhnlich das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit abspricht. Der neue Papst hat als Chef der „Glaubenskongregation“ in den letzten zwei Jahrzehnten bei allen homosexuellenfeindlichen Ausfällen des Vatikans die Feder geführt. Mit einer extrem aggressiven Sprache hat er staatliche Gesetze zum Abbau von Diskriminierung Homosexueller als „Legalisierung des Bösen“ diffamiert. Ähnliche Äußerungen brächten islamischen Imamen schnell das Etikett „Hassprediger“ ein. Der jetzige Papst hat erheblich dazu beigetragen, dass Schwule und Lesben in vielen Teilen dieser Welt weiter mit Hass und Gewalt verfolgt werden.

Nun ist nie ausgeschlossen, dass sich Menschen auch mit 78 Jahren noch ändern, dass auch ein Papst sich vom Saulus zum Paulus entwickeln kann. Viel Hoffnungsenergie sollte man aber wohl nicht investieren. Stellen wir uns eher darauf ein, dass der Vatikan weiter Regierungen und Parlamente in aller Welt drängen wird, die Rechte homosexueller Menschen zu beschneiden.

Jetzt, wo „wir“ Papst sind, wird der Vatikan in Deutschland mehr gehört werden. Ob man ihm auch folgt, ist freilich eine andere Frage. Als Ratzinger 2003 direkte Weisungsrechte gegenüber dem Gewissen katholischer Parlamentarier beanspruchte, haben das auch prominente christdemokratische Politiker entschieden zurückgewiesen. Nur einige notorische Figuren wie der weitgehend in der Versenkung verschwundene Norbert Geis hatten sich freudig erregt und kreuzzugsbereit hinter dem Vatikan-Banner versammelt.

Heute spricht die stellvertretende CDU-Vorsitzende Annette Schavan davon, dass Papst Benedikt XVI. die Unionsparteien bei der programmatischen Profilierung unterstützen könne. Wir werden sehen, wie weit das reicht. Es sei aber die Prognose gewagt: Nicht sehr weit. Auch mit dem ersten bay-

erischen Papst seit Poppo von Brixen (1048 als Papst Damasus II. inthronisiert) werden so schnell keine ultramontanen Verhältnisse ausbrechen.

Aber Rom denkt in Jahrhunderten und blickt nicht nur auf Europa. Eine ökumenische Achse des Religiösen gegen Frauenrechte, Kondome, Lesben und Schwule ist längst geschmiedet. Konservative Kardinäle, Patriarchen und Ajatollahs verstehen sich auf diesem Feld prächtig. Auch wenn der gesellschaftspolitische Einfluss des Vatikans in den meisten europäischen Demokratien begrenzt bleibt, so sieht das in den ärmeren Teilen unserer Welt leider ganz anders aus. Und vergessen wir nicht die persönliche Dimension: Man mag die Purpurträger und ihre Rituale belächeln, die Gewissensqualen, die sie gläubigen Lesben und Schwulen und deren Angehörigen zufügen, sind alles andere als zum Schmunzeln.

Spaniens Ministerpräsident Zapatero, dem der Vatikan wegen der Öffnung der Ehe gerade die Hölle heiß macht, hat es klar auf den Punkt gebracht: „Ich werde es nie verstehen, wie die, die die Liebe als Fundament des Lebens bezeichnen, so radikal Schutz, Verständnis und Zuneigung zu unseren Nachbarn, Freunden und Verwandten ablehnen können.“ Zapatero hat den Nuntius, den Botschafter des Vatikans, einbestellt und Zurückhaltung eingefordert. Ob deutsche Politiker ein derart starkes diplomatisches Signal wagen würden?

Die Bundesregierung hat sich in jüngster Vergangenheit auf internationalem Parkett recht deutlich für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen stark gemacht. Überall dort, wo der Vatikan in die Welt hineinregieren will, ist er nicht anders zu behandeln als jeder andere Staat auch. Er hat keine höhere Moral gepachtet als demokratische säkulare Staaten. Unsere Forderung an Regierung und Bundestag, in den internationalen Beziehungen antihomosexueller Propaganda und Politik entschieden entgegenzutreten, gilt auch gegenüber der vatikanischen Monarchie.



Eric Leis,
Rechtsanwalt, ist im Bundesvorstand
der AG „Homosexuelle und Kirche“.



Günter Dworek,
Wissenschaftlicher Referent, ist
Bundesvorstand des LSVD.

bundesverband!

Resolutionen und Festreden

LSVD-Verbandstag mit großer Resonanz

VON KLAUS JETZ

Am Wochenende des 23./24. April 2005 fand in Köln der diesjährige LSVD-Verbandstag statt. Mit rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde ein neuer Besucherrekord aufgestellt. Eine Überraschung war dies nicht, schließlich gab es zum 15. Geburtstag ein ansprechendes und abwechslungsreiches Programm.

Frau Prof. Dr. Nina Dethloff (Universität Bonn) hielt den Eröffnungsvortrag zum Thema „Adoptions- und Sorgerecht für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften“. Sie thematisierte die Möglichkeiten der rechtlichen



Brunhilde Raiser,
Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, beim LSVD-Verbandstag.

Absicherung sozialer Elternschaft bei gleichgeschlechtlichen Partnern wie Adoption, sorgerechtliche Befugnisse und Umgangsrecht und stellte den enormen Reformbedarf bei der Abstammung, Adoption und im Sorgerecht dar.

Ein weiteres programmatisches Highlight des Verbandstages war der Vortrag der Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates, Brunhilde Raiser zur Antidiskriminierungspolitik und zur Zusammenarbeit von Frauenrat und LSVD. Raiser betonte, dass das Vorgehen gegen Diskriminierung eine Stärkung der Demokratie bedeute. Zwei Ebenen der Antidiskriminierungspolitik stellte sie heraus: die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen und die Aufklärung der Gesellschaft. Das Antidiskriminierungsgesetz, so Raiser, sollte eigentlich keine Debatte auslösen, da die Bundesrepublik wegen der Umsetzung der EU-Richtlinie keinen Spielraum hat. Der Widerstand gegen das Gesetz zeige, dass Diskriminierung stattfindet. Das Gesetz, so wie es sich jetzt darstelle, sei besser als der bisherige Zustand. Deshalb trete der Frauenrat auch dafür ein.

Im Anschluss an die Gastrede verabschiedete der Verbandstag einstimmig die Resolution „Antidiskriminierungsgesetz muss kommen!“ Zuvor waren bereits zwei Resolutionen zur rechtlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften verabschiedet worden. Der erste Tag endete mit einem gemeinsamen Abendessen im Kölner Brauhaus Sion. Zuvor gab es einen Empfang zum Verbandsjubiläum im Historischen Rathaus der Stadt Köln, wo Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes die versammelten Gäste begrüßte.

Der Sonntag stand ganz unter dem Eindruck des Vortrages von Leszek Uliasz und Mateusz Zimowski, zwei Repräsentanten der polnischen „Kampagne gegen Homophobie“ KPH aus Warschau, die für ihre Ausführungen viel Applaus erhielten. Leszek Uliasz berichtete vom „Pride March for Tolerance“ in Krakau 2004, der von Rechtsradikalen angegriffen worden war. Im Anschluss berichtete Mateusz Zimowski über die Arbeit und die Ziele der KPH. Hauptanliegen ist es, das Thema Homosexualität in die Öffentlichkeit zu tragen. Einstimmig verabschiedet wurde vom Verbandstag eine Resolution „Solidarität mit unseren Freundinnen und Freunden aus Polen“ (vgl. auch Seite 8).

Julia Borggräfe, 30, wurde auf dem Verbandstag neu in den Bundesvorstand gewählt. Die Juristin lebt in Berlin. Zum LSVD kam sie im Jahr 2000 – zunächst engagierte sie sich im Ortsverband Köln.

Im Bundesvorstand möchte sich Julia in rechtlichen Fragen engagieren. Ganz oben auf der Agenda sieht sie die Gleichstellung im Steuer- und beim Adoptionsrecht. Und ihre Vision: wo stehen wir in 15 Jahren? Julia: „Homosexualität wird selbstverständlich und Diskriminierung nicht mehr akzeptiert.“



Julia Borggräfe möchte sich um Rechtsfragen kümmern.

Hartmut Schönknecht, 42, ist ebenfalls neu im Bundesvorstand. Er arbeitet als Dipl.-Ing. für Stadt- und Regionalplanung in Berlin. Hartmut engagiert sich seit vielen Jahren in der Menschenrechtsarbeit, u.a. bei ILGA und amnesty international. Seit 2003 ist er Mitglied im LSVD.

Im Bundesvorstand möchte er die internationale Vernetzung fördern. Und wo stehen wir in 15 Jahren? Hartmut: „Wenn alle mit anpacken mit Sicherheit einen großen Schritt weiter als heute. Auf geht's!“



Hartmut Schönknecht will sich der Vernetzungsarbeit widmen.

Union blockiert in den Ländern

Lebenspartner werden auch im Landesrecht benachteiligt

VON MANFRED BRUNS

Die CDU reagiert auf die Forderung nach Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten noch immer mit Ablehnung. Die CSU will sogar gegen die Stiefkindadoption das Bundesverfassungsgericht anrufen. Es wundert deshalb nicht, dass Bayern und die von der CDU regierten Bundesländer auch die Gleichstellung von Lebenspartnern im Landesrecht weiterhin ablehnen. Die Länder können viele Detailfragen regeln, vom Friedhofsgesetz bis zum Landesbeamtenrecht, die für das alltägliche Leben von Bedeutung sind. Wird das Landesrecht für Lebenspartner nicht „angepasst“, dann führt das in der Regel zu erheblichen Benachteiligungen.

Bisher haben nur die Länder Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein umfassende Anpassungsgesetze erlassen und Lebenspartner in allen durch Landesgesetze geregelten Bereichen mit Ehegatten gleichgestellt. In Sachsen-Anhalt hat die CDU-FDP-Koalition ebenfalls ein Anpassungsgesetz erlassen; das betrifft aber nur wenige Bereiche des Landesrechts.

Trotzdem hat es auch in den anderen Ländern Änderungen gegeben. Wenn es bei Gesetzesvorhaben nicht ausdrücklich um die Gleichstellung, sondern vordergründig um andere Probleme geht, sind auch „konservative“ Länder bereit, Lebenspartner mit einzubeziehen. Das gilt natürlich in besonderem Maße für „belastende“ Regelungen wie z.B. die Ausdehnung der Bestattungspflicht auf die Lebenspartner in den Landesbestattungsgesetzen oder ihre Einbeziehung in Sicherheitsüberprüfungen.

Ein weiterer Gleichstellungseffekt ergibt sich dadurch, dass das Landesrecht mehrerer Länder

für bestimmte Bereiche auf das Bundesrecht verweist, bei dem es durch das Überarbeitungsgesetz erhebliche Fortschritte gegeben hat.

Das hat sich vor allem im Beamtenrecht ausgewirkt. Hier ist der Stand zur Zeit folgender:

- Familienzuschlag: noch keine Gleichstellung, da bundeseinheitlich geregelt,
- Beamtenversorgung: noch keine Gleichstellung, da bundeseinheitlich geregelt,
- Beihilfe: Gleichstellung für verpartnerte Beamte der Länder Berlin, NRW und Schleswig-Holstein,
- Reise- und Umzugskostenvergütung sowie Trennungsgeld: Gleichstellung für verpartnerte Beamte von Bund, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein,
- Sonderurlaub: Gleichstellung für verpartnerte Beamte von Bund, Berlin, NRW, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Einige andere Länder gewähren Sonderurlaub aus wichtigen persönlichen Gründen, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen.
- Laufbahnrecht: Gleichstellung für verpartnerte Beamte von Bund, Berlin, NRW und Schleswig-Holstein.

Wenn demnächst der Bund seine Beihilferecht neu regelt und dabei, wie angekündigt, Lebenspartner mit Ehegatten gleichstellt, wird das auch für die Länder Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gelten, weil deren Beihilfavorschriften auf das Bundesrecht verweisen.

Insgesamt kann man sagen, dass die Chancen



Bundesrat: nicht nur hier blockieren CDU und CSU Fortschritte beim Lebenspartnerschaftsrecht.

für Fortschritte vor allem dann gut sind, wenn das Gesetzesvorhaben unter einer anderen „Flagge“ läuft. Ob es dann zur Gleichstellung kommt, hängt zunächst von den Referenten in den Ministerien ab. Wenn sie uns gut gesonnen sind, „schmuggeln“ sie die Lebenspartner als „Folgerregelung“ in den Entwurf mit ein, ohne dass das groß auffällt. Meistens haben wir aber nicht solches Glück. Im Gegenteil, wir haben oft den Eindruck, dass die Referenten in den Ministerien die Lebenspartner bewusst „unterschlagen“. Ob die Lebenspartner dann doch noch in das Gesetz hineinkommen, hängt von unserer Wachsamkeit ab.

Es ist schon mehrfach vorgekommen, dass uns Betroffene rechtzeitig auf ein Gesetzesvorhaben hingewiesen haben, in dem die Lebenspartner „vergessen“ worden sind. Wir haben dann interveniert und eine Ergänzung des betreffenden Gesetzes erreicht.

Manfred Bruns ist Bundesvorstand des LSVD.

Schwänzen verboten

Werte müssen durchgesetzt werden

VON JÖRG LITWINSCHUH



Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen
muss an der Schule vermittelt werden.

Seit Monaten tobt in Berlin ein erbitterter Streit um den Religionsunterricht und die Vermittlung von Werten. Hintergrund ist die Entscheidung der Berliner SPD-PDS-Regierung, zum Schuljahr 2006/2007 ein staatliches und nicht abwählbares Unterrichtsfach „Wertekunde“ in den Klassen 7 bis 10 schrittweise einzuführen. Der LSVD unterstützt diese Pläne: Angesichts zunehmenden rechtsextremen, fundamentalistischen und Frauen sowie Lesben und Schwule diskriminierenden Denkens bei Jugendlichen gibt es keine Alternative zum verpflichtenden Werteunterricht!

Religion ist in Berlin kein ordentliches Lehrfach, sondern ein freiwilliges Angebot, das bisher weitgehend in Eigenverantwortung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (evangelische

und katholische Kirche, Islamische Föderation, Humanistischer Verband) angeboten wird. Ein gemeinsamer Werteunterricht ist gerade deshalb für Berlin so wichtig, weil hier, anders als in allen anderen Bundesländern, der Religionsunterricht von den Religionsgemeinschaften in eigener Verantwortung angeboten wird, so dass es keinen staatlichen Einfluss auf den Unterricht gibt. So erstritt sich z.B. die Islamische Föderation 2000 das Recht, islamischen Religionsunterricht in Berliner Schulen anzubieten. Die Zeugen Jehovas denken über einen eigenen Unterricht nach. Dr. Felicitas Tesch, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, meint dazu: „Auch durch ein Wertefach mit Abwahlmöglichkeit ist es uns nicht möglich, unliebsame Gruppen aus der Berliner Schule zu verdrängen. Daher setzt die Koalition auf einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, um deren Verständnis für Toleranz, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zu schärfen.“

Der LSVD begrüßt die entschlossene wie moderne Haltung der rot-roten Koalition, an der geplanten staatlichen Werteerziehung festzuhalten. Die zum Teil hitzige Debatte über Ehrenmorde, die durch die Berichterstattung über die vom LSVD Berlin-Brandenburg organisierte Mahnwache anlässlich der Ermordung der türkeistämmigen Hatun Sürücü sowie durch die kompromisslose Haltung der türkeistämmigen Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ates für die Rechte von Mädchen und Frauen entfacht wurde, hat die enorme Bedeutung der Wertevermittlung erneut unterstrichen. Auch die AG homosexuelle Lehrer in der GEW spricht sich ganz klar für das geplante integrative Senatskonzept aus und hat dem LSVD Unterstützung zugesagt: „Wir schließen uns der Meinung des LSVD an, dass nur eine gemeinsame Auseinandersetzung mit Fragen der Weltanschauungen und Lebensauffassung für unsere Schülerinnen und Schüler sinnvoll sein kann. Wir plädieren dafür, dass die AG homosexueller Lehrer und der LSVD der Rahmenplankommission gemeinsam zur Seite stehen.“

Eine Alternative „Werteunterricht oder Eisdiele?“ darf es nicht geben.

Jörg Litwinschuh, geb. 1968, leitet das Aufklärungsprojekt „Berlin steht zusammen“ des LSVD Berlin-Brandenburg.

„Du schwule Sau“

Homosexuellenfeindlichkeit an deutschen Schulen

VON ULF HÖPFNER, GUIDO MAYUS UND DETLEF MÜCKE

Ein schwuler Junge vor seinem Coming-out hat heute noch die gleichen Sorgen wie vor 20 Jahren: Wie werden meine Freunde und Mitschüler reagieren, wenn sie erfahren, dass ich vielleicht schwul bin? Haben mich meine Eltern weiter lieb? Kann ich glücklich leben?

In den Massenmedien wird eine liberale Scheinwelt gegenüber Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung vorgelogen, die Realität 2005 sieht anders aus: Schwule werden auf der Straße beschimpft, wenn sie sich nicht verstecken, fliegen aus dem eigenen Elternhaus und werden von der katholischen Kirche als egoistische, widernatürliche und krankhafte Sünder verunglimpft. Früh merken Kinder, was jemand zu befürchten hat, wenn er nicht „normal“ ist.

„Homosexualität ist an Schulen und Jugendzentren noch immer ein Tabuthema“, so begann in der April-Ausgabe von Respekt Jörg Litwuschuh seinen Artikel, in dem er das neue Projekt „Berlin steht zusammen – Gemeinsam gegen Homosexuellenfeindlichkeit“ vorstellte. Wie notwendig und unterstützenswert derartige Projekte sind, wird deutlich, wenn man untersucht, wie in deutschen Schulen Homosexualität thematisiert wird.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat in einer Expertise die Richtlinien und Lehrpläne zur Sexualerziehung aller 16 Bundesländer miteinander verglichen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die sexualerzieherischen Vorgaben sich im Sinne eines Diversity-Mainstreaming aktiv für die Akzeptanz der Vielfalt von sexuellen Orientierungen einsetzen. Die Lehrpläne in Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt fordern die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Liebe. In Bayern und Schleswig-Holstein wird Homosexualität als Problem angesehen, in Baden-Württemberg und Sachsen ist Homosexualität nur fakultativ im Lehrplan für katholische Religion am Gymnasium verankert. In Thüringen wird das Thema ohne erkennbare Wertung genannt und in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht thematisiert.

Diese politischen Rahmenbedingungen haben Auswirkungen auf die Thematisierung von Homosexualität in den Schulbüchern. Schulbücher unterliegen einem Genehmigungsverfahren und deshalb finden sich in nur wenigen Schulbüchern, da sie sich an den Rahmenplänen orientieren müssen, Beispiele lesbisch-schwuler Lebensrealität. Die GEW fordert schon seit langem, dass lesbisch-schwule Lebensweisen nicht nur in Biologie, sondern auch in den Fächern Deutsch, Sozialkunde, Geschichte, Fremdsprachen und Ethik thematisiert werden.

Hier könnten die Landesverbände des LSVD und der GEW gemeinsame Verhandlungen mit den Kultusministerien der Bundesländer aufnehmen.

Die bildungspolitische und rechtliche Seite ist das eine. Das andere ist die tagtägliche Realität in den Klassenzimmern. Es gibt bis heute keine fundierte Studie dazu, wie oft und in welcher Form an Deutschlands Schulen über Homosexualität „geredet“ wird. Das folgende steht aber außer Frage:

1. „schwul“ ist an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I immer noch das häufigste Schimpfwort und das sogar mit zunehmender Tendenz. Lesbischsein steht nicht so sehr im Vordergrund, ist aber auch nicht wohl gelitten.

2. alle Aussagen – und dies ist kein Widerspruch – von lesbischen Schülerinnen und schwulen Schülern in allen Befragungen der letzten Jahre belegen, dass im Unterricht Homosexualität nur selten oder nie vorkam.

3. noch immer ist die Selbstmordrate homosexueller Jugendlicher viermal höher als die heterosexueller.

In Coming-out-Gruppen von lesbischen und schwulen Jugendlichen wird

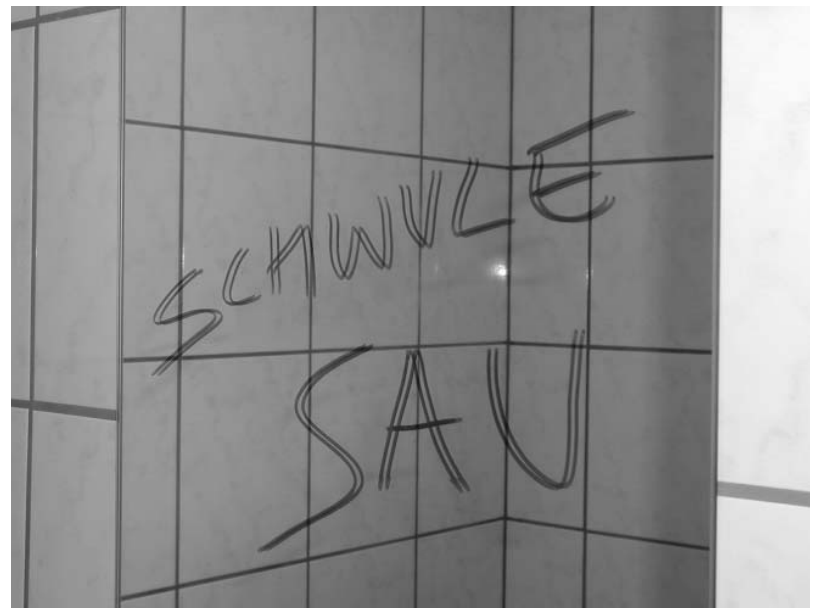
erfreulicherweise auch von positiven Beispielen berichtet, so z.B. dass die Klasse Verständnis zeigt. Aber es gibt auch immer noch verletzende Erfahrungen, wenn sich z.B. die Jungen weigern mit dem schwulen Mitschüler auf einer Klassenfahrt ein Vier-Bett-Zimmer zu belegen.

Wie reagieren die Lehrkräfte auf homophobe Äußerungen auf dem Schulhof und im Klassenzimmer? Ein großer Teil ignoriert und überhört sie oder hat auch keine Wahrnehmung dafür. Andere fühlen sich überfordert und nicht befähigt, dieses „heiße Eisen“ zu thematisieren. Ursache dafür ist die unzulängliche Ausbildung während des Studiums und des Referendariats, auch gibt es Defizite bei den Fortbildungseinrichtungen. Nur wenige Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich fachlich und persönlich in der Lage, souverän und offen mit der Klasse über Homosexualität zu sprechen.

Deshalb ist es wichtig, neue Wege zu beschreiten. Das Projekt „Berlin steht zusammen“ ist eine Möglichkeit – wir dürfen gespannt auf das Ergebnis sein. Einen interessanten Ansatz verfolgt auch das Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“. 230 Schulen aus ganz Deutschland legen im Rahmen ihres Schulprogramms einen Schwerpunkt darauf, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, zu überwinden. Der Abbau von Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen ist hier in einen größeren Zusammenhang eingebunden. Im Jahr 2006 wird das Thema Sexualität Schwerpunkt der Arbeit sein.

Derartige Projekte sind richtig und wichtig. Doch auch Politik und Verwaltung müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. LSVD und GEW sollten auf Länderebene überlegen, welche neuen Anstöße wir gemeinsam in der Bildungspolitik entwickeln müssen, um Homophobie vom Schulhof zu verbannen. Es ist noch viel zu tun!

Ulf Höpfner, Guido Mayus und Detlef Mücke gehören zur Gruppe Schwuler Lehrer bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Detlef Mücke erhielt für sein Engagement das Bundesverdienstkreuz.



„Schwul“ ist noch immer das beliebteste Schimpfwort an deutschen Schulen.

Landesverbände!

Bayern

Verjüngt und gewachsen

Würzburg. Eine sehr erfreuliche Entwicklung kann der LSVD Bayern melden: Bei dem Landesbezirkstag im März konnten gleich vier neue, aktive Vorstandsmitglieder gewonnen werden: Hannah Lea, Max Wagner und Hellmuth Pusch – alle aus München – sowie Daniel Rief aus Sonthofen (Schatzmeister) sind nicht nur „in Amt und Würden“, sondern haben bereits eine ganze Reihe von Aufgaben erledigt. Der neue Vorstand verpasste sich gleich bei seiner konstituierenden Sitzung eine Mammutaufgabe: Er wird bei allen bayerischen CSDs aktiv dabei sein. Seine Beiträge reichen dabei von Reden in den politisch-gesellschaftlichen Teilen über die Moderation des Programms bis zu Infoständen und der Teilnahme mit einem Wagen bei der Parade in München.

Der heftige Protest des Vorstandes gegen eine Hörer-Umfrage des Bayerischen Rundfunks zur Stiefkindadoption hatte schnellen Erfolg. Die Hörer sollten abstimmen, ob homosexuellen Paaren die Stiefkindadoption erlaubt bleiben oder ob Kinder grundsätzlich bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen sollten. Nach dem Protest gegen diese völlig falsche und diskriminierende Fragestellung zog der BR die Umfrage sehr schnell zurück. Wobei zu vermerken bleibt, dass Bayerns Bürgern das Kindeswohl mehr am Herzen zu liegen scheint, als der in plumper Ideologie verharrenden Staatsregierung: 72 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für die Stiefkindadoption aus...

Vor allem Hannah Lea und Hellmuth Pusch steckten viel Zeit und Mühe in den Relaunch der Homepage. Die Seite wurde dem Erscheinungsbild der „Nordstaaten“ angepasst, übersichtlicher gestaltet und um etliche Funktionen erweitert. So können jetzt befreundete Gruppen und Organisationen eine Selbstdarstellung sowie ihre Projekte und Termine über die HP verbreiten. Für die Mitglieder und alle anderen InteressentInnen wurde ein E-Mail-Newsletter mit Abofunktion eingerichtet, um Informationen schnell und flächendeckend verbreiten zu können. www.bayern.lsvd.de

Peter Köhler

Berlin-Brandenburg

Bund-Länder-Treffen im Oktober 2005

Berlin. Das diesjährige Bund-Länder-Treffen findet vom 15. bis 16. Oktober im Rathaus Schöneberg in Berlin statt. Auf dem Programm steht ein Austausch über die Arbeit der Landesverbände. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Perspektiven der LSVD-Arbeit. Anmeldung und weitere Infos: Jörg Litwinschuh, Tel. 030-44008240, E-mail: berlin@lsvd.de

Niedersachsen-Bremen

Neuer Vorstand gewählt

Osnabrück. Am 19. März fand der diesjährige Verbandstag des LSVD Niedersachsen-Bremen in Osnabrück statt. Dabei wurde ein neuer, dreiköpfiger Vorstand gewählt:

Mike Leibner ist 39 Jahre alt und arbeitet als Diplom-Sozialpädagoge in der Erwachsenenbildung. Im Vorstand ist er vornehmlich verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Veranstaltungen. Marianne Reschke wurde in ihrem Amt als Schatzmeisterin bestätigt. Mit ihren 62 Jahren ist die pensionierte Studienrätin als eisernes Bollwerk verantwortlich für die Finanzen, die Mitgliederverwaltung und das Thema Frauen. Benjamin Rottmann, Bundesjugendbeauftragter des LSVD, wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt. Der 24-jährige Student der Politologie und Philosophie kümmert sich neben dem Internetauftritt auch um politische Arbeit und das Thema Jugend.

Der dreiköpfige Vorstand geht ehrgeizig in das neue Jahr und möchte neben aktiver Mitgliederarbeit vor allem öffentlichkeitswirksam an CSDs teilnehmen und Veranstaltungen organisieren. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage des Landesverbandes. Dort kann man sich auch in den Newsletter eintragen:

www.nds-bremen.lsvd.de

Benjamin Rottmann

Schleswig-Holstein

Der Norden bewegt sich

Lübeck. Ende letzten Jahres sah es nach Eiszeit aus im kleinen und jungen LSVD-Landesverband Schleswig-Holstein. Doch statt uns in den Winterschlaf zu kuscheln, haben wir uns in Aktivität gestürzt. Die ersten Ergebnisse sind sichtbar! Die neue Homepage steht seit Februar im Netz. Auf ihr wächst ein lesbisch-schwuler Veranstaltungskalender für das ganze Bundesland. Im April ist Heiko Palloks in Kiel mit einer Fresh-Jugendgruppe an den Start gegangen. Sie trifft sich vierzehntägig und wächst langsam. Noch vor den Sommerferien soll eine Werbeaktion – auch an den Kieler Schulen – starten.

Der Sommer kommt und damit die CSD's, die in Schleswig-Holstein unter dem Motto „Macht Liebe sicher“ stehen. Erstmals ist der Landesverband bei den Veranstaltungen in Kiel (4. Juni) und in Lübeck (9. Juli) nicht nur mit Ständen vertreten. Auch an den CSD-Paraden beteiligt sich der LSVD: mit einem hochzeitlich geschmückten Cabrio, in dem ein schon älteres Bräutigamspaar samt Chauffeur sitzen wird.

Heiko Palloks und Anja Wolkowski

Sachsen-Anhalt

Mitgliederversammlung

Magdeburg. Auf der Mitgliederversammlung des LSVD Sachsen-Anhalt am 16. April wurde ein neuer fünfköpfiger Vorstand gewählt. Außerdem wurden die Arbeitsschwerpunkte für 2005 beraten. Neben einer besseren Kooperation mit der lesbisch-schwulen Studentengruppe der Universität Magdeburg wird im Laufe des Jahres ein neues Projekt „50 plus“ für ältere Lesben und Schwule starten. Bereits ab Juni wird sich eine neue Frauengruppe des LSVD treffen.

CSD in Magdeburg

Magdeburg. Der CSD in Magdeburg wird in diesem Jahr unter dem Motto „Unser Recht!“ stehen. Thematischer Schwerpunkt ist die „Aktion 1:1“. Höhepunkt wird das Straßenfest am Samstag, dem 20. August sein. Davor gibt es eine thematisch sehr vielfältige Woche u.a. mit Start-up-Party, Literaturnacht sowie Filmmacht. Voraussichtlich wird es auch eine Demo durch die Innenstadt geben. Der LSVD Sachsen-Anhalt ist an der Vorbereitung der Veranstaltungen beteiligt. Weitere Infos: www.csd-magdeburg.de

Lesben und Schwule in der DDR

Magdeburg. Am 22. und 23. Oktober findet in Magdeburg eine Tagung „Lesben und Schwule in der DDR“ statt. Diese wird vom Landesverband des LSVD in Kooperation mit dem Caritasverband der Stadt Magdeburg vorbereitet. In sieben Vorträgen, drei Seminaren und einer Podiumsdiskussion soll das Thema in allen seinen Facetten beleuchtet werden. Voraussichtlich Ende Juni werden die Einladungen verschickt. Übernachtungsplätze im Tagungshaus können bis zum 15. August gebucht werden (EZ 36,- Euro p.P.; DZ 28,- Euro p.P.). Anmeldung bitte per E-Mail: md-lsvd@gmx.de

LSVD fresh sucht neue Mitglieder

Magdeburg. Die LSVD-fresh-Gruppe „Come In“ stand im letzten Jahr vor einem Generationswechsel. Nun werden neue Leute und Ideen gesucht. Informationen unter:

www.lsvd.de/comein-fresh

Martin Pfarr

Ortsgruppe Köln

Stammtisch im Quo Vadis

Köln. Der Stammtisch des Ortsverbandes Köln trifft sich an neuem Ort: jeden 4. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im „Quo Vadis“ in der Pipinstraße. Der Frauen-Stammtisch trifft sich weiterhin jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr im „Café Gezeiten“, Balthasar Straße 1, 50676 Köln.

Homosexualität in Migrationsfamilien

Neues LSVD-Projekt wirbt für sexuelle Selbstbestimmung

Homosexualität als Thema in Migrationsfamilien ist der Name eines neuen Modellprojektes, das der LSVD seit Anfang 2005 in Berlin durchführt und das vom Bundesfamilienministerium unterstützt wird. Der Start des Projektes fiel in eine heiße Phase der Diskussion um sexuelle Selbstbestimmung im Kontext von Migration. Anlass war die vom LSVD Berlin-Brandenburg initiierte Mahnwache für die von ihren drei Brüdern ermordete 23 Jahre alte Hatun Sürücü. Warum, fragten Medienvertreter und Migrantenverbände, engagiert sich der LSVD gegen Ehrenmorde?

Weil es Zeit ist für einen Paradigmenwechsel in

der Integrationspolitik und der lesbisch-feministischen Bewegung. Weil die Schwulenbewegung ein feministisches Profil braucht. Weil Ehrbegriffe, die die Selbstbestimmung von Frauen verhindern sollen, sich immer auch gegen Lesben und Schwule richten. Frauenfeindlichkeit und Homophobie reproduzieren sich durch patriarchale Familienstrukturen. Multikulti ohne die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen und Homosexuellen ist keine Integration.

Das Projekt „Migrationsfamilien“ sucht den Kontakt mit Migrantenorganisationen und Multiplikatoren der Familienberatung. Zusammen mit anderen Migrationsprojekten werden Konzepte zur

Enttabuisierung von Homosexualität entwickelt. Die Veranstaltungen und Kampagnen zur Aufklärung setzen dort an, wo Werte, Konzepte von Sexualität und Rollenerwartungen zwischen den Generationen ausgehandelt werden.

Eine wichtige Kooperationspartnerin auf diesem Weg ist die in Istanbul geborene und in Berlin-Wedding aufgewachsene Rechtsanwältin Seyran Ates, Preisträgerin des Berliner Frauenpreises 2004. In ihrem Buch „Große Reise ins Feuer“ schildert sie die Emanzipation von Tradition und Familie. Respekt befragte Seyran Ates anlässlich des Projektstartes zu den Hintergründen von Zwangsverheiratungen.

Renate Rampf

Respekt: Welche Rolle spielt die Religion in der Praxis der Zwangsverheiratungen? Es scheint so, als stammten die Berichte über diese Tradition vorwiegend aus einem islamischen Umfeld.

Ates: Der Koran kennt keinen Zwang. Das ist die Aussage sämtlicher islamischer Organisationen und Vereinigungen. Aber die Ansicht der Gelehrten darüber, ob Zwangsverheiratung religiös begründet oder gar vorgeschrieben ist, interessiert den Moslem nicht, der seinen Islam selbst auslegt. Obwohl islamische Gelehrte also strikt gegen Zwang sind, praktizieren Moslems einen anderen „Islam im Alltag“. Nach dieser Tradition gilt die Zwangsverheiratung als von Allah gewollt. Diese Diskrepanz ist spannend.

Lässt sich das Phänomen der Zwangsverheiratungen mit dem Paradigma von männlichen Tätern und weiblichen Opfern abbilden?

Grundsätzlich ja, da es sich um eine patriarchale Praxis handelt. Betroffen sind jedoch auch Männer, insbesondere Schwule. Aber die Auswirkungen von Zwangsheirat sind bei Männern andere. Sie sind kaum solch extremen Formen körperlicher Unterdrückung ausgesetzt, wie etwa nahezu täglichen Vergewaltigungen. Doch in beiden Fällen gilt das Engagement gegen Zwangsverheiratung dem Recht auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und freie, selbstbestimmte Sexualität. Daher ist ein Bündnis zwischen Feministinnen und Schwulen erstrebenswert.

Sie sind eine der einflussreichsten Kritikerinnen

der deutschen Integrationspolitik. Ein Engagement, das nicht überall ankommt. In Berichten der türkischen Tageszeitung Hürriyet wurden Sie als verrückte Feministin und Nestbeschmutzerin dargestellt. Trifft Sie das?

Das trifft mich nicht persönlich. Ich bin schon lange darüber hinweg, alles persönlich zu nehmen. Ich weiß ja, wer ich bin und wofür ich stehe. Ich mache mir lediglich Gedanken darüber, ob andere Frauen, unter anderem auch die von Zwangsverheiratung betroffenen Frauen, sich in die Öffentlichkeit trauen, wenn solche Kampagnen gefahren werden.

Sie bekommen am 25. Juni auf dem CSD in Berlin den Zivilcouragepreis 2005 für „entschlossenes und couragiertes Engagement im Sinne einer diskriminierungsfreien europäischen Gesellschaft“. Stärkt Ihnen das den Rücken?

Absolut. Das ist eine Form der Anerkennung, über die ich mich sehr freue. Im Zusammenhang mit der Debatte über den Beitritt der Türkei zur EU ist es unbedingt notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir in einem demokratischen Europa leben, in dem alle möglichen Lebensformen eine Existenzberechtigung haben. Es ist auch wichtig, die hier lebenden Türken und Kurden diesbezüglich aufzuklären, die sich teilweise fern von der



Seyran Ates, Rechtsanwältin, engagiert sich für die Rechte von Frauen, Lesben und Schwulen in den Migrantencommunities.

Realität in der Türkei entwickeln. Dafür ist die Arbeit mit Multiplikatoren und Verbänden unumgänglich. Zum Beispiel mit dem LSVD, der mit seinen Projekten wichtige Arbeit leistet und den ich gerne unterstütze.

Interview: Renate Rampf

Streithühner in Turnschuhen

30 Erfahrungsberichte von den Gay- und EuroGames

VON HARTMUT SCHÖNKNECHT

Ich wuchs in dem Glauben auf, schwach und ungelenkt zu sein. Denn einerseits konnte ich nicht mit dem sportlichen Können und Ehrgeiz meiner Eltern mithalten. Und andererseits war ich mir bereits im Kindesalter meiner ‚Andersartigkeit‘ bewusst. Für Rodney aus Australien waren es daher ganz einfache Beweggründe, 2002 an den Gay Games in Sydney teilzunehmen: „Ich verspürte den unbändigen Drang, meine körperlichen Fähigkeiten auszuloten und an meine Grenzen zu gehen“.

Was 1982 in San Francisco ursprünglich als Gay Olympic Games begann,

sie alle haben ihre ganz persönlichen Momente bei den Games in ihren Herzen eingefangen, die sie nicht mehr missen möchten. 30 derartige Erfahrungsberichte werden in dem neuen Buch „Let the Games beGay“ vorgestellt, das der Gatzanis Verlag jetzt in Kooperation mit dem LSVD herausgebracht hat.

Die Autoren und Autorinnen berichten durchgängig zweisprachig (in deutsch und englisch) von ihren ganz persönlichen Erfahrungen mit und bei den Games. Ob aus South Hobart in Australien, New York oder San Francisco, aus Pretoria in Südafrika, Stuttgart, München oder Wien, viele beschreiben ihre Glücksgefühle und ihre großartigsten Momente bei den Gay Games 2002 bzw. den EuroGames 2004, aber nicht wenige hatten auch erhebliche Mühen auf sich genommen, um überhaupt teilnehmen zu können. Doch „nichts und niemand konnte uns davon abhalten nun endlich bei den Gay Games dabei zu sein. Wir freuten uns darauf, durch Sydneys Straßen zu schlendern und wollten einfach jede Menge Spaß haben“ beschreiben Carlos, Arieta, Melissa, Sheena und Samuela von den Fiji Inseln ihre Motivation. Und Ulrike Folkerts berichtet, wie „stolz und glücklich“ sie ist, „dass wir so sind, wie wir sind“. Trotz unterschiedlicher Erfahrungen, in fast allen Berichten finden sich auch immer wieder Gemeinsamkeiten: Die Momente voller Erinnerungen, Freude und Liebe, die großartige Erfahrung, einfach nur man (oder frau) selbst sein zu können, das Gefühl, stark zu sein und Kraft zu haben.

Aber dieses Buch ist nicht nur ein Buch voller Gefühle und Emotionen, die teilweise unter die Haut gehen, denn die Autoren haben bewusst Wert darauf gelegt, dass die Sportlerinnen und Sportler von sich selbst, ihrer Kindheit und Jugend sprechen und von ihren eigenen Erlebnissen berichten. Let the Games beGay ist auch ein Buch, das begeistert und anregt selbst dabei zu sein, das motiviert mitzumachen, aktiv zu werden, selbst am eigenen Körper das Gefühl zu erleben frei zu sein und zu spüren, wie viele wir sind und dass es uns überall auf der Welt gibt.

Mit einer kurzen Chronologie der Gay-, Out- und EuroGames, die leider nur auf wenige Eckdaten beschränkt ist, dafür aber mit einem umfangreichen Adressenverzeichnis der internationalen lesbisch-schwulen Sportverbände und zahlreicher Sportvereine, bildet das Buch auch für Nicht-Sportlerinnen und -Sportler eine motivierende Lektüre, sich mehr der Faszination der internationalen schwul-lesbischen Sportevents hinzugeben.

Und ohne direkt auf den Streit um die Gay- bzw. Outgames einzugehen, der inzwischen die LGBT-Community auf allen Ebenen an den Rand der Spaltung gebracht hat und aus dem sich dieses Buch bewusst heraushält, kann sich Klaus Wowereit, der Regierende Bürgermeister von Berlin, in seinem Grußwort eine große schwul-lesbische Sportveranstaltung, die von einer breiten internationalen schwul-lesbischen Bewegung getragen wird, in Zukunft sehr gut in Berlin vorstellen. Damit ruft er – diplomatisch eindeutig formuliert – nicht nur alle Streithühner in Turnschuhen auf, sich wieder zu vertragen, sondern signalisiert erneut auch seine Unterstützung für eine Bewerbung für wiedervereinigte Spiele, denn „eine weltoffene und tolerante Stadt wie Berlin wäre dafür gewiss ein perfekter Austragungsort“.

Doch ob Gay-, Out- oder EuroGames, Rita aus Budapest bringt es wunderbar auf einen Nenner: „Wenn sich die so genannten Minderheiten zusammenschließen und zusammenarbeiten, so kann dies unsere gesamte Gesellschaft weiterbringen.“

Let the Games beGay, Hrsg. von Heike Bosch und Philipp Braun, Gatzanis Verlag Stuttgart, 2005, 18.50 EUR.



Let the Games beGay: motivierende Lektüre auch für Nicht-SportlerInnen.

Ist heute eine der größten internationalen Sportveranstaltungen der Welt mit bis zu 14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Als europäische Variante nach den Gay Games 1990 in Vancouver ins Leben gerufen, konnten die 9. EuroGames 2004 in München mit einer nahezu perfekten Organisation und mehr als 5.000 TeilnehmerInnen ihren bislang größten Erfolg verzeichnen.

Und nicht erst seit der Bewerbung des SC Janus aus Köln für die Gay Games im Jahre 2010 oder der gescheiterten Berliner Bewerbung für die Outgames 2009 sind die internationalen lesbisch-schwulen Sportevents auch weit über die homosexuelle Sportszene hinaus bekannt geworden. Jede Sportlerin und jeder Sportler, zahlreiche Künstlerinnen und Künstler, die die Games durch immer hochkarätigere Kulturprogramme auch für breite heterosexuelle Schichten interessant machen, und natürlich auch die ZuschauerInnen selbst,

Geschäftsstellen

LSVD Bundesgeschäftsstelle

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
Tel.: 0221-92 59 61-0
Fax: 0221-92 59 61-11
Mail: lsvd@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

LSVD Pressestelle

Postfach 30 21 34, 10752 Berlin
Tel.: 030-789 54 778
Fax: 030-789 54 779
Mail: presse@lsvd.de

LSVD Bayern

Neuhäuserstr. 11, 86154 Augsburg
Tel.: 0821-41 51 86
Fax: 0821-41 51 60
Mail: Bayern@lsvd.de

LSVD Baden-Württemberg

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.: 07949-94 79 27,
Fax: 07949-94 79 28
Mail: ba-wue@lsvd.de

LSVD Berlin-Brandenburg

Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030-44 00 82 40
Fax: 030-44 00 82 41
Mail: berlin@lsvd.de
Internet: www.berlin.lsvd.de

LSVD Hessen

Postfach 17 03 41
60077 Frankfurt/Main
Tel.: 069-94 54 96 16
Fax: 069-94 54 96 15
Mail: hessen@lsvd.de

LSVD Hamburg

c/o Felix Krüger
Bernhardt-Nocht-Str. 68
20359 Hamburg
Tel.: 040-31 79 29 83
Fax: 040-31 79 29 72
Mail: hamburg@lsvd.de

LSVD Niedersachsen-Bremen

Postfach 3232,
49019 Osnabrück
Tel.+Fax: 0700-578 366 73
Mail: nds-bremen@lsvd.de
Internet: www.nds-bremen.lsvd.de

LSVD Nordrhein-Westfalen

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61-0
Fax: 0221-92 59 61-11
Mail: nrw@lsvd.de

LSVD Rheinland-Pfalz

c/o Franz-Josef Oestemer
Stettiner Str. 6 c, 65203 Wiesbaden
Mail: rlp@lsvd.de

LSVD Saarland

Mainzer Str. 44, 66111 Saarbrücken
Postfach 10 28 01, 66028 Saarbrücken
Tel.: 0681-39 88 33
Fax: 040-36 03 29 88 08
Mail: saar@lsvd.de

LSVD Sachsen

c/o LSVD Bundesverband e.V.
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
Tel.: 0221-925 961-0
Mail: lsvd@lsvd.de

LSVD Sachsen-Anhalt

Postfach 1906, 39009 Magdeburg
Walter-Rathenau-Str. 31
39106 Magdeburg
Tel.: 0391-54 32 569
Fax: 0391-54 32 569
Mail: md-lsvd@gmx.de

LSVD Schleswig-Holstein

c/o Anja Wolkowski
Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck
Tel.: 0451-396 896 96
Mail: schleswig-holstein@lsvd.de

LSVD Thüringen

Windthorststr. 43 a, 99096 Erfurt
Tel.: 0361-55 04 82 82
Fax: 0361-55 04 82 83
Mail: info@lsvd-thueringen.de

Projekte

Projekt Regenbogenfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Pipinstraße 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61 16
Fax: 0221-92 59 61 11
Mail: elke.jansen@lsvd.de
Beratung: family@lsvd.de
Hotline: 0221-92 59 61 26

Projekt Migrationsfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Willmannsdamm 10, 10827 Berlin
Tel.: 030 – 789 54 772
Fax: 030 – 789 54 779
r.rampf@lsvd.de

Projekt MILES

Zentrum für Migranten,
Lesben und Schwule
LSVD Berlin-Brandenburg

Willmannsdamm 8, 10827 Berlin

Tel.: 030 - 44 00 82 40
Fax: 030 - 44 00 82 41
Mail: berlin@lsvd.de
www.miles.lsvd.de

Ilse-Gruppen

ILSE – Initiative lesbischer und schwuler Eltern in Deutschland

Mail: ilse@lsvd.de
www.ilse.lsvd.de

Regionalgruppen Süd

Ilse Freiburg
Mail: ilse.freiburg@lsvd.de

Ilse Nordbayern

Nicola Buchen-Adam
Tel.: 0911 - 5 40 06 67
Mail: ilse.nordbayern@lsvd.de

Ilse Tübingen

Katrin Voigt
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.: 07946 – 94 79 27
E-Mail: ilse.tuebingen@lsvd.de

Ilse Süd

LesFam
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.: 07946 - 947 927
Fax: 07946 - 947 928
Mail: ilse.lesfam@lsvd.de
Internet: www.bw.lsvd.de

Regionalgruppen West/Mitte

ILSE Bergisches Land
Mail: ilse.Berg-Ruhr@lsvd.de

ILSE Bielefeld

Karin Wessel
Tel.: 0521 - 47 98 89
Mail: ilse.Bielefeld@lsvd.de

ILSE Saar

Markus Müller
Tel.: 06806 - 44 07 30
Margot Seibüchler
Tel.: 06825 - 8 82 71
Mail: ilse.Saar@lsvd.de

ILSE West

Guido Meurers
Tel.: 02472 - 91 21 55
Mail: ilse.west@lsvd.de

ILSE Mittelhessen

Elisabeth H.C. Miersch
Postfach 17 03 41, 60077 Frankfurt/M.

Tel.: 069 – 945 496 16
Fax.: 069 – 945 496 15
Mail: ilse.mittelhessen@lsvd

Regionalgruppen Ost

ILSE Berlin-Brandenburg

Claudia Minossi
Tel.: 0 30 - 44 00 82 40
Fax: 0 30 - 44 00 82 41
Mail: ilse-berlin-brandenburg@lsvd.de

Jugend-Gruppen

LSVD fresh Köln

Pipinstraße 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-2584854
Mail: fresh-koeln@lsvd.de
Internet: www.fresh-koeln.lsvd.de

ComeIn

Walther-Rathenau-Straße 31
39106 Magdeburg
T. 0391-5432569
F. 0391-5432569
Mail: comein.fresh@lsvd.de
Internet: www.comein-fresh.lsvd.de

Hotpänz

Am Frankenbad 5, 53111 Bonn
Mail: info@hotpaenz.de
Internet: www.hotpaenz.de

LesBiSchwule Jugendgruppe

Münzgasse 29, 78462 Konstanz
lesbischwule-jugendgruppe@web.de

Mixed Pickles

Halkettstraße 11, 30165 Hannover
Tel: 0511-3355118
Fax: 01212-533781936
Mail: info@mixed-pickles.net
Internet: www.mixed-pickles.net

Mosquitos

Braunschweiger Straße 23
44145 Dortmund
Mail: mosquitos@kcr-dortmund.de
Web: www.kcr-dortmund.de/mosquitos

MZGays

c/o Makallo
Trierer Straße 51, 66663 Merzig
Tel. 06861 - 82 03 49
Internet: www.mzgay.de

OснаBoys

Postfach 32 52, 49022 Osnabrück
Tel. und Fax: 0700-67622697
Mail: mail@osnaboys.de
Internet: www.osnaboys.de

klischees!

Mein liebstes Lesben-Klischee:

Lesben sind taff - sind sie auch hässlich?

VON JAN FEDDERSEN



Jan Feddersen, arbeitet als Redakteur bei der taz.

Dass Lesbianerinnen, wie der wunderbare Männerforscher George Mosse sie mal nannte, dass also Frauen, die Frauen morgens nach durchträumter Nacht neben sich bevorzugen, hässlich seien, ist nur schwer zu bejahen. Was ist schon unschön, was so krass neben dem Schönheitsideal, das ohnehin nur bestimmt, was gerade modisch ist – und welcher schwule Mann könnte das bestimmen, zumal er, offen gestanden, ja eigentlich keine Augen hat für Menschen des anderen Geschlechts. Also: Der Blick ist ein männlicher und deshalb untauglich.

Aber Lesben sind taff, das ist ein besonderes Klischee. Es birgt die Annahme, sie könnten sich

durchsetzen und seien frei von klassisch-weiblicher Unterwürfigkeit, die dem Manne gilt, der es nicht schätzt, wenn die Frau ihm von gleich zu ähnlich begegnet. Das Stereotyp jedenfalls enthält noch ein anderes Muster: Dass Taffheit Grobes meint, einen Charakter von Derbheit und fehlendem Feingefühl.

Quatsch. Wer sich noch wie ich gern daran erinnert, wie Martina Navratilova Tennis spielte, wird diese Taffheit wieder erkannt haben. Aber ebenso, wie diese wunderbare Frau weinen konnte, wenn sie gewann oder eben nicht triumphierte: Da erkannte man, dass Stärke und Zartheit in einer Person sein können. Schön so!

In der nächsten Respekt schreibt Halina Bendkowski über ihr liebstes Schwulen-Klischee.

RainbowStars

Postfach 2102, 79511 Lörrach
Mail: mail@rainbowstars.de
Internet: www.rainbowstars.de

Revierjungs

Husemannstraße 39-41
45879 Gelsenkirchen
Mail: team@schwul-ev.de
Internet: www.schwul-ev.de

Turtles

Eulenstraße 5, 38114 Braunschweig
Tel.: 0531-2335193
Mail: Turtles.BS@gmx.net
Internet: www.turtles-bs.de

Youngs

Schaumburgstraße 11, 48155 Münster
Tel.: 0251-6068925
Mail: contact@youngs.de
Internet: www.youngs.de

Migranten-Gruppen

TürkGay & Lesbian LSVD

Bundeskoordinator: Bali Saygili
Mail: b.saygili@lsvd.de
Internet: www.tuerkgay.com

TürkGay & Lesbian BaWü

c/o LSVD Baden-Württemberg
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Mail: tuerkgay-bawue@lsvd.de

TürkGay & Lesbian Berlin

c/o LSVD Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 – 789 54 773
Mail: tuerkgay-berlin@lsvd.de

TürkGay & Lesbian NRW

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
Mail: post@tuerkgay.com

ERMIS

Die griechische lesbisch-schwule
Gemeinschaft im LSVD
Internet: www.ermis.de

ERMIS Berlin

c/o LSVD Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030-44 00 82 40
oder: 030-4990 7084 (Haralambos)
Mail: ermis-berlin@lsvd.de

ERMIS Frankfurt

Takis: 06151-31 70 09, 0171-28 67 549
Eleni: 06151-50 10 40, 0177-45 17 873
Mail: greekgay.frankfurt@ermis.de
Mail: greeklesbian.frankfurt@ermis.de

ERMIS Leipzig

Tel.: 03727-96 98 60
Mail: greekgay.leipzig@ermis.de
Mail: greeklesbian.leipzig@ermis.de

ERMIS München

c/o Sub, Müllerstr. 43, 80469 München
Tel.: 0172-18 63 576
Mail: greekgay.muenchen@ermis.de
Mail: greeklesbian.muenchen@ermis.de

ERMIS NRW

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
Mail: greekgay.koeln@ermis.de (Nikos)
greeklesbian.koeln@ermis.de (Eleni)


ERMIS Stuttgart

Tel.: 0711-48 70 043
Mail: greekgay.stuttgart@ermis.de
Mail: greeklesbian.stuttgart@ermis.de

ERMIS Athen

c/o Kyriakos
Tel.: 0030 210881004
oder: 0030 6942490506
Mail: athens@ermis.de

Lesben, Schwule und ihre Kinder



LSVD Vortragsreihe
"Regenbogenfamilien - Eine Familie ist eine Familie ist eine Familie"

Podiumsdiskussion:
Print- und TV-Journalist(innen) diskutieren über
"Regenbogenfamilien im Spiegel der öffentlichen Meinung"

02. Juli 2005, 17-18 Uhr
Politbühne des Kölner CSD

LSVD Projekt "Regenbogenfamilien"
Postfach 103414 · 50474 Köln
Tel. (0221) 925961-18
E-Mail: family@lsvd.de
www.lsvd.de/family
Mit freundlicher Unterstützung der Puma AG
www.lsvd.de

PODIUMSDISKUSSION

Menschenrechte für Lesben und Schwule

Schwule und Lesben aus Moldawien und dem Libanon diskutieren mit Repräsentanten der deutschen Menschenrechtspolitik

HELEM aus dem Libanon ist die erste schwulesbische Organisation in der arabischen Welt.
GENDERDOC ist die etablierteste schwulesbische Organisation aus der ehemaligen Sowjetunion.

Mittwoch 29. Juni 2005
19.00 - 21.00 Uhr
KOMED Raum 2.3
Im MediaPark 6 · 50670 Köln



Lesben- und Schwulenvorband

www.lsvd.de
Tel. 0221-92 59 610

Mit freundlicher Unterstützung der Puma AG



GaySecure
sicher schwul leben

- Alle Privaten Krankenversicherer zu Top-Konditionen – ab € 80,00 pro Monat – mit Beitragsbefreiungsoption als Rentner.
- Rürup-Rente, Riester-Rente, Alterseinkünftegesetz – Wir verschaffen Euch den Durchblick!
- Britische Versicherer – Riskante Anlage oder echte Renditealternative – Wir beraten Euch!
- Befreiung von der Sozialversicherungspflicht – Wie geht das? Wir zeigen es Euch!

GaySecure - Das Versicherungskonzept vom LSVD und der ComVers GmbH – geprüft und gut!

Infos erhaltet Ihr bei:
ComVers GmbH - Tel.: 040-2987210
oder eMail: CBrandt@ComVers.de

OHNE VOLLSTÄNDIGE GLEICHBERECHTIGUNG FEHLT EIN STÜCK ZUM GLÜCK.

WIR KÄMPFEN FÜR GLEICHES RECHT!



Lesben- und Schwulenvorband

TRITT EIN IN

LSVD - DEIN TICKET ZUR GLEICHBERECHTIGUNG!

DEN LSVD!

MITMACHEN

LOHNT SICH!



www.lsvd.de
lsvd@lsvd.de · LSVD · POSTFACH 103414 · 50474 KÖLN

Wollen Sie unsere Arbeit dauerhaft unterstützen? Dann werden Sie Mitglied im LSVD!

Aufnahmeantrag

- Ja, ich möchte alles über den LSVD wissen.
- Ja, ich trete in den LSVD ein.
Programm und Satzung erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von

- 8 € 15 € 30 € ____ €

*Monatlicher Regelbeitrag 8 €, für Nichtverdiener/innen 2,50 €

Einzugsermächtigung

Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden.

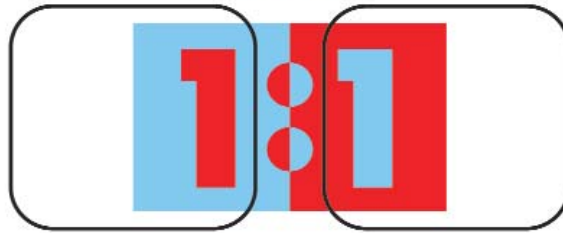
Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____
 bei Geldinstitut: _____
 Kontoinhaber/in: _____
 Name: _____
 Anschrift: _____
 Geburtsdatum: _____
 Tel.: _____ Fax: _____
 E-Mail: _____
 Ort, Datum, Unterschrift: _____

Ausfüllen und ab die Post an:

LSVD e. V., Postfach 103414, 50474 Köln, Fax (0221) 925961-11

AKTION-EINSZUEINS.DE



• act for equality •

WIR POCHEN AUF GLEICHE RECHTE FÜR LEBENSPARTNERSCHAFTEN!

GLEICHE PFLICHTEN, GLEICHE RECHTE. NUR DAS IST FAIR!



HELLA VON SINNEN

Es geht um Akzeptanz,
nicht Toleranz!



OLIVIA JONES

Es gibt keinen Grund
hier irgendetwas zu
diskutieren. Gleiches
Recht für alle!



GUNTER GRASS

Gleiche Pflichten, gleiche
Rechte. Nur das ist fair!

Spendenkonto der Aktion 1:1
Konto 1414
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00



Lesben- und Schwulenverband

Postfach 103414 • 50474 Köln
lsvd@lsvd.de

www.aktion-1zu1.de
www.lsvd.de